Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52. Montag, den 3. März 1913. 20. Jahrg.

„Die Lage auf dem Balkan und die deutsche Politik“.

Über dieses Thema spricht am Mittwoch abend 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus der Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel.

Parteigenossen! Genossinnen! In dieser Versammlung soll Protest erhoben werden gegen die wahnsinnige Rüstungspolitik, die jetzt in Deutschland wahre Orgien feiert. Deshalb auf zum Protest!

Hierzu eine Beilage.

Der Verzweiflungskampf des Mittelbetriebes.

Eine alte und beinahe veraltete Klage, so scheint es, der Schrei nach einem besseren Submissionsverfahren! Wie unendlich viele Experimente sind mit den Vorschriften für öffentliche Lieferungen von den Behörden auf Betreiben der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden schon gemacht worden, vom Ausschluß der Mindestbietenden angefangen, über das komplizierte und doch wirkungslose Mannheimer Mittelpreisverfahren zu zahlreichen anderen „Regelungen“. Ein nationalliberaler Antrag, bei dem der Hansabund anscheinend Gevatter stand, will eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens. Er ist kürzlich verhandelt worden und Genosse Hüttmann hat seine Jungfernrede dazu gehalten, indem er den engherzigen Profitinteressen der gewerblichen Unternehmer die sozialen Interessen entgegenstellte, die die Arbeiter mit der gerechten Lohnklausel bei öffentlichen Arbeiten verfolgen. Mit dieser wollen sie die antisoziale Schundkonkurrenz ausschließen und eine gründlichere Gesundung des „verfahrenen“ Submissionsverfahrens herbeiführen, als sie die lahmen liberalen Vorschläge jemals bewirken können. Freilich liegt diese Gesundung nicht im Interesse der kleinen Unternehmer. Diese können oft beim besten Willen keine so hohen Löhne zahlen, als der Großbetrieb, weil es ihnen am Kapital und am großen Umsatz mangelt. Aber soll den mittleren Unternehmern der Wettbewerb auf Kosten der Arbeiter und der Vorteile, die der Großbetrieb gewährt, möglich gemacht werden? Das wäre kulturwidrig. Und doch ist der gewerbliche Mittelstand in so bedrängter Lage, daß er auf Berücksichtigung bei den öffentlichen Arbeiten um jeden Preis drängt. Mit anderen Worten: bei dem Streit um die Submissionsaufträge handelt es sich um etwas viel Größeres, nämlich darum, daß der kleine und namentlich der mittlere Unternehmer im Daseinskampf gegen den Großbetrieb einen letzten Rettungsanker in den staatlichen und kommunalen Aufträgen behalten will.

Man kann solchen Gewerbetreibenden durchaus nachfühlen, wie es ihnen zu Mute ist. Schon im privaten Geschäft setzt ihnen die Entwicklung zum Großbetrieb mächtig zu. Konfektion und Schuhfabrikation mit ihren reich assortierten Läden, die sich immer mehr auch persönlichen Geschmacks- und Bedarfsrücksichten anpassen, schalten selbst größere Schneider- und Schuhmachermeister bei der privaten Kundschaft allmählich fast ganz aus. Nur die wohlhabenden Leute, und das ist die starke Minderzahl, läßt noch regelmäßig nach Maß arbeiten. Möbel, Betten, Metallgegenstände und Aehnliches kauft die große Masse heute fix und fertig in den Bazaren und großen Ladengeschäften und bestellt sie nicht mehr. Das mittlere Tischler-, Schlosser- und Metallgewerbe verliert seine Kundschaft und nur die größeren Spezialgeschäfte bekommen noch die Bestellungen für besonders abgepaßte Arbeiten der wohlhabenden Kreise. In der Beleuchtungsbranche hört auch das schon auf. Die großen Elektrizitätsfirmen liefern ganze elektrische Hauseinrichtungen, die Küchengeräte zum Teil eingeschlossen, nach den eigenartigsten Mustern, und große kunstgewerbliche Anstalten, Innenarchitekten und ähnliche Firmen richten geschmackvoll ganze Häuser ein. Wo sie nicht selbst liefern, bringen sie mindestens alle Gewerbetreibenden, die sie noch heranziehen, in Abhängigkeit von sich. Bei den öffentlichen Aufträgen aber für Staat und Gemeinde haben erst recht die großen Gesellschaften und Trusts des Baugewerbes, der Lichtbranche, der Bureauutensilien usw. durch ihren Einfluß innerhalb der Verwaltung die Vorhand. Ingenieure aus ihren Betrieben werden staatliche und städtische Beamte und empfehlen dort ihre alten Firmen mit den ihnen bekannten Vorzügen. Dagegen kämpfen nun die mittleren Gewerbetreibenden einen Verzweiflungskampf. Die kleineren können sich an die öffentlichen Submissionen der größeren Mittel wegen, die selbst für Teillose notwendig sind, kaum mehr heranwagen. Sie bleiben auf die Flickarbeit und kleine Gelegenheitsarbeiten angewiesen und hoffen schon gar nicht mehr. Aber die mittleren hoffen und drängen noch. Und da auf die Privatkundschaft keine Einwirkung mehr möglich ist und die Reklame der großen Geschäfte, wie ihre Auswahl die Massen anziehen, so bleibt für sie als Hauptbrot nur noch der staatliche oder kommunale Auftrag. Wird solch ein Mittelbetrieb bei der Lieferung der mannigfachen Bedürfnisse der Behörden berücksichtigt, so kann er sich noch lange über Wasser halten. Das ist auch der Grund, warum sich liberale und mittelständlerische Stadtverordnete so leicht zusammenfinden und zum Verwechseln ähnlich werden. Der Trieb um die Erhaltung des Geschäfts einigt sie. Gelingt es ihnen, durch ihre Stellung, ihre Parteien und ihre persönlichen Verbindungen an öffentlichen Lieferungen beteiligt zu werden, so ist die Existenzfrage für sie wenigstens zum größeren Teile gelöst. Und gelingt es ihnen durch ihre Einwirkung auf städtische Behörden gar, die großen Monopolgeschäfte zurückzudrängen, so wird noch mehr Platz für ihre Geschäfte. Sie bekämpfen die Monopole nicht, weil diese die Konsumenten vergewaltigen, sondern weil sie ihnen Gelegenheit zum Verdienen fortnehmen. Die neueren gemischt-wirtschaftlichen Betriebe, die das Großkapital jetzt propagiert, bedeuten eine neue Gefahr für den Mittelbetrieb. Bei diesen gemischten Betrieben vereinigen sich Behörden und private Erwerbsgesellschaften zu einer Aktiengesellschaft oder Aehnlichem, um Licht- oder Wasserwerke oder Straßenbahnen zu bauen und zu betreiben. Man empfiehlt sie namentlich dort, wo mehrere Gemeinden gleichzeitig in Betracht kommen, bei Ueberlandbahnen, bei Gasfernversorgung usw. Bei dieser Betriebsform kommt es den großen Kapitalkonzernen mindestens ebenso sehr auf die Lieferung der Materialien und Apparate, als auf die Lieferung des Stroms, des Lichts oder des Gases an. Hier sind die Mittelbetriebe wiederum bedroht mit der Verdrängung aus öffentlichen Lieferungen. Denn die Kapitalisten, die mit in der Unternehmung sitzen, haben natürlich näher zur Krippe, als Außenstehende. Die mittleren Gewerbetreibenden wittern das längst und verdoppeln deshalb ihre Rufe nach „Regelung“ des Submissionswesens. Das ist der wirtschaftliche und soziale Kern der ganzen Frage.

Der Reichstag hat eine große Kommission zur Beratung des Submissionswesens eingesetzt. Sie brauchte sich, wenn das ginge, nicht viel Kopfschmerzen zu machen, um die Klagen der mittleren Gewerbetreibenden zu beseitigen. Sie brauchte nur zu beschließen, daß mindestens die Hälfte aller öffentlichen Arbeitsausschreibungen im Jahr den ortsansässigen, mittleren Gewerbetreibenden vorbehalten bliebe. Dann würden alle, anscheinend so schwer in ein System zu bringenden Beschwerden verstummen. Diese Lösung aussprechen, heißt aber auch schon, sie als undurchführbar bezeichnen. Und deshalb wird auch der Reichstag das Submissionswesen nicht „regeln“ können. Die Kämpfe zwischen Großkapital und mittlerem Betrieb, um die es sich bei unserer amerikanischen Entwicklung handelt, werden auf dem Gebiete der Produktion, nicht auf dem der öffentlichen Arbeitsvergebung entschieden, und zwar gründlich. Gefühle oder Vetternschaft oder reaktionäre Wirtschaftsmaßnahmen der Behörden wie bei den Submissionen spielen dort keine oder geringe Rolle. Die technische Leistungsfähigkeit allein wird endgültig entscheiden und die Antwort auf die Frage, wer seine Arbeiter kulturell besser befriedigen kann.

Eine Vermögenssteuer zur Deckung der Militärvorlage.

Der Streit der Hurrapatrioten um die Deckung der Kosten für die Militärvorlage wird eine kleine Wendung nehmen müssen, wenn er auch noch lange nicht beseitigt ist: Es wird jetzt vorgeschlagen, daß zur Deckung der außerordentlichen einmaligen Kosten der Heeresvorlage eine einmalige Steuer vom Vermögen gezahlt werden soll. Offiziös wird dies bestätigt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Sonnabend abend verwahrt sich zunächst gegen den Vorwurf, die Heeresvorlage komme zu spät an den Reichstag:

„Von einem Zögern kann garnicht die Rede sein, die Vorlage ist eben noch nicht so weit, daß sie bereits eingebracht werden konnte. Auch von einem „Verpassen der Gelegenheit“ darf man nicht sprechen; denn der Entschluß, unsere Wehrkraft erneut zu verstärken, ist, wie an dieser Stelle bereits Mitte Dezember angedeutet wurde, alsbald nach dem Umschwung der Verhältnisse im Südosten Europas gefaßt worden. Wie das zu geschehen habe, bedurfte gründlichster Erwägung, und zwar umsomehr, als es für uns nicht auf einen Bluff des Auslandes ankommen, sondern nach dem Ernst der Lage sich nur um den wohlüberlegten, großzügigen Ausbau unserer Wehrmacht unter Ausnutzung des gesamten bisher brach liegenden Teiles des wehrkräftigen Volkes handeln konnte. Übereilung wäre, wenn irgendwo, gerade hier schädlich gewesen . . . . Wenn es gelingt, die Vorlage um die Mitte dieses Monats an den Bundesrat zu bringen, so ist das eine anzuerkennende Leistung, die allerdings nur derjenige einzuschätzen in der Lage ist, der sie selbst einmal zu leisten gehabt hat. Wenn dann der Reichstag die Vorlage noch vor Pfingsten unter Dach bringt, so ist auch keine Zeit verloren; denn die geforderten Heeresverstärkungen können sämtlich frühestens am 1. Oktober 1913 durchgeführt werden. Nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit ist ein anderer Zeitpunkt als der Herbst für die Durchführung größerer Organisationsänderungen nicht möglich ohne eine bedenkliche Erschütterung des Gesamtorganismus des Heeres und ohne Schädigung der sorgfältigen Ausbildung der bestehenden Truppenteile. Um die nötigen Vorbereitungen zu treffen, ist es allerdings erforderlich, daß die Heeresverwaltung spätestens um Pfingsten die Vorlage zum Gesetz erhoben sieht. Auch die Deckungsfrage wird überall lebhaft erörtert. Wie wir erfahren, besteht bei der Reichsleitung die Absicht, die wegen ihrer Höhe ganz besonders ins Gewicht fallenden einmaligen Kosten der Heeresvorlage durch eine einmalige Abgabe vom Vermögen zu decken. In dieser Angelegenheit findet heute nachmittag auf Einladung des Reichskanzlers eine Besprechung der stimmführenden Mitglieder des Bundesrats statt.“

Die Besprechung stimmführender Mitglieder des Bundesrats hat stattgefunden. Zwei Stunden hat man sich nach einer Meldung des „Lokal-Anzeigers“ mit der Deckungsfrage befaßt. Das Scherlblatt weiß über die Zusammenkunft dann noch zu berichten: „Wenn auch Beschlüsse natürlich, dem vorbereitenden Charakter dieser Konferenz entsprechend, nicht gefaßt wurden, so dürfte doch der Bundesrat für den Vorschlag einer „Kriegssteuer“, wie sie hier geplant wird, voraussichtlich zu gewinnen sein; die großen Bundesstaaten haben bereits ihre Zustimmung erklärt. Es heißt ferner, daß an dieser Vermögenssteuer auch die deutschen Bundesfürsten teilzunehmen sich bereit erklärt haben, sodaß ihr verfassungsrechtlich begründetes Privileg der Steuerfreiheit für diesen einen Fall außer Anwendung bliebe. Ob geringerer Vermögensbesitz von der Steuer verschont werden soll, steht noch nicht fest, keineswegs aber denkt man daran, die Abgabe erst von einem Vermögen von 30000 oder gar von 50000 Mk. aufwärts zu erheben, da sonst der erforderliche Betrag nicht aufzubringen wäre. Die Vorlage der Reichsleitung soll in den nächsten Tagen dem Bundesrat zugehen, der, wie man annimmt, sie im Laufe der kommenden Woche verabschieden wird.“

Bei der Deckung der Kosten durch eine Vermögenssteuer sollen also auch die Fürsten teilnehmen. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ weiß hierüber noch nichts zu berichten. Auch über die Höhe der Belastung der einzelnen Vermögen schweigt sich das Kanzlerblatt aus.

Die „Tägl. Rundschau“ hält die Heranziehung der Fürsten zur Steuer ganz in der Ordnung, indem sie bemerkt: „Wohl darf erwartet werden, daß die Opfer von jedermann gefordert und gebracht werden, und zu den „jedermann“ rechnen wir auch die deutschen Fürsten, die regierenden Fürstenhäuser, deren Steuerprivilegien in eine Zeit, da an die allgemeine außerordentliche Opferwilligkeit aller appelliert werden muß, nicht mehr hineinpassen. Wir zweifeln nicht, daß die Fürsten selbst ihren Völkern mit gutem Beispiele vorangehen und durch freiwilligen Verzicht auf ihre Steuerfreiheit, wenigstens für dieses Opferjahr, sich an die Spitze der Bewegung stellen.“

Entgegengesetzter Ansicht ist die freikonservative „Post“. In der Sonnabendnummer wird zunächst bezweifelt, daß eine Vermögenssteuer „allzuviel Werbekraft“ hat. „Vor allem aber erscheint diese Steuer unpraktisch, wenn dabei die Vermögen bis zu 50 000 Mk. freibleiben sollen, denn so dick sind die Millionäre schließlich doch nicht gesät, daß man von einer Steuer, die fast ausschließlich diese Kapitalien erfassen würde, allzu hohe Beträge erwarten kann — vorausgesetzt, daß man nicht gerade zur Expropriation schreiten will.

Zu der „Fürstensteuer“ bemerkt das Blatt im Anschluß an eine Äußerung, die an „sehr hoher Stelle“ gefallen sein soll und die gelautet habe: „1813 war ein Opferjahr, lassen wir es 1913 für jedermann auch sein, denn die Zeiten sind heute kaum weniger ernst als vor hundert Jahren“: „Sollte der Ausspruch so gefallen sein, so würde das eine Opferwilligkeit bedeuten, deren Hochherzigkeit nicht groß genug veranschlagt werden kann, da mit einem Verzicht auf die fürstliche Steuerfreiheit zweifellos eine bedeutsame Bresche in die Reservatrechte der Fürsten überhaupt gelegt werden würde.“

Offenbar will man sich in konservativen Kreisen mit dieser einmaligen Fürstensteuer nicht befreunden, und die Vermögenssteuer möchte man am liebsten verwünschen. Auch den Agrariern ist die Sache sehr unangenehm. Zwar hält die „Deutsche Tagesztg.“ am Sonnabend — wie sie selbst hervorhebt — ihre Ansicht über die Vermögenssteuer noch zurück; aber sie deutet schon an, daß sie gewichtige Bedenken hat. Vor allem aber hat das Ortelblatt Angst vor einer Neueinschätzung. Auch soll die „einmalige Abgabe“ auf mehrere Jahre verteilt werden. Man sieht hieran, daß sich um die in Vorschlag gebrachte Vermögenssteuer in bürgerlichen Kreisen noch heftige Debatten entspinnen werden. Beschließen wollen die Herren wohl die schweren Lasten, aber nicht bezahlen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Marineetat.

In der Budgetkommission gab vor einigen Wochen die Beratung des Marineetats Veranlassung zu allgemeinen Erörterungen über das Verhältnis zwischen England und Deutschland. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Herr v. Tirpitz, und Herr v. Jagow, sein neuer Kollege im Auswärtigen Amt, bestätigten beide ausdrücklich und feierlich, daß nicht das mindeste Bedenken besteht gegen die Bestimmung eines gewissen Kräfteverhältnisses zwischen den Flotten beider Staaten. 10 : 16 lautete die Norm, die von den Vertretern der deutschen Regierung als akzeptabel bezeichnet wurde. In der Öffentlichkeit wurden diese Erklärungen lebhaft besprochen. Es wurde hierbei mehrfach hervorgehoben, daß ihr Wert lediglich in der Anerkennung eines gewissen Prinzips besteht, während in dem Umfang der Rüstungen sie wohl nicht allzubald ihre praktische und wohltätige Anwendung finden dürfen.

Darauf wies Sonnabend bei der Generaldebatte des Marineetats unser erster Redner, Genosse Haenisch, ganz besonders hin. Er führte die Erklärung des Herrn v. Tirpitz auf ihren eigentlichen, sehr geringen Wert zurück, und forderte demgegenüber den endlichen Stillstand der Rüstungen, um so zu einer beiderseitigen Abrüstung gelangen zu können. Zurzeit nimmt ja die Sorge um die wachsenden Rüstungen des Landheeres alle Gedanken der Reichsregierung und namentlich des Reichsschatzamtes in Anspruch. Aber die Flottenrüstungspläne sind um deswillen nicht spurlos verschwunden, und es empfiehlt sich, auch ihnen unsere Forderungen der internationalen Verständigung gegenüberzustellen. Genosse Haenisch wies in diesem Zusammenhang mit besonderem Nachdruck auch auf die große wirtschaftliche Interessengemeinschaft hin, die England und Deutschland verbindet, und er wandte sich mit gutem Recht gegen die Hetzer des Flottenvereins, die jede Anbahnung besserer Beziehungen stören, hinwiederum aber die eigene, besitzende Klasse von jeder Steuerlast verschont wissen wollen. Auch der eigentlichen Tätigkeit der Marineverwaltung widmete der Redner seine Betrachtung, als er gegen die Unterdrückung des Petitionsrechtes der Angestellten und gegen die törichte Bekämpfung sozialdemokratischer Anschauungen unter den Werftarbeitern sich wandte.

Man hatte während der Kommissionsverhandlungen hier und da glauben können, das Zentrum meinte es ernst mit seinen Angriffen gegen die Regierung, und man erinnert sich vielleicht der bekannten Reichsgeldaffäre, in der Herr Erzberger zuerst alle Energie gegen Herrn v. Tirpitz entwickelte. Heute war dieser selbe Herr Erzberger artig und brav. Er freute sich über die angenehme Lösung, die diese Frage gefunden hat, und er gab eine Reihe Anregungen über Unterseebau und Panzerplattenfabrikation, die Herrn v. Tirpitz seine Marinefreundlichkeit bestimmt bewiesen haben werden. Der Staatssekretär dankte ihm durch die liebenswürdige Zusicherung, wenngleich er von der [illegible] über die der Zentrumsredner gesprochen hatte, nichts wissen wollte. Die Redner der bürgerlichen Parteien bekundeten nacheinander ihr Einverständnis mit dem Staatssekretär, indem sie wiederholt lebhaft klatschten. Herr Dr. Basler in seiner [illegible] Stellungnahme, der Zentrumsredner Herr Kaempfer in seiner rührenden Unbeholfenheit, und der Reichsparteiler Herr Schultz taten sich darin besonders hervor. Die Fortschrittler Dr. Wiemer und Hoff wollten an der Marinepolitik selbst auch nichts auszusetzen; sie polemisierten indessen gegen die gar nicht zu rechtfertigende Einschränkung des Petitionsrechts für Angestellte. Übrigens war auch schon gelegentlich von der kommenden Heeresvorlage die Rede, namentlich als Herr Wiemer an der Opferwilligkeit der Konservativen zweifelte.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstags.

Im Wahlkreis Brandenburg-Westhavelland erhielten bei der Wahl 1912 Genosse Peus-Dessau 12 992 Stimmen; auf den Fortschrittler entfielen 6371, auf den Nationalliberalen 4427, auf den Konservativen 2063 Stimmen. Eine Anzahl Stimmen waren zersplittert, so daß Peus mit einer Mehrheit von 42 Stimmen gewählt war. Gegen diese Wahl wurde von nationalliberaler Seite Protest erhoben. In einem Falle war ein Notar zum Wahlvorsteher berufen worden. Die Streitfrage spitzt sich dahin zu: ist der Notar unmittelbarer oder mittelbarer Staatsbeamter? Im ersteren Falle wäre der Wahlakt in diesem Wahlbezirk zu kassieren. In Tykow war der Lehrer zum Protokollführer berufen worden, obwohl er nach der Protestbehauptung nicht wahlberechtigt war. Die Kommission erachtete diese Behauptung für erheblich. Im Bezirk 18 der Stadt Brandenburg soll der Isolierraum nicht genügend gewesen sein; ferner wird behauptet, daß eine größere Anzahl Wähler den Zettel in das Kuvert steckten, ohne den Isolierraum betreten zu haben. Ueber diese beiden Punkte soll Beweis erhoben werden. Die endgültige Entscheidung darüber, ob sich die Beweisaufnahme überhaupt nötig macht, oder ob die Wahl sofort für gültig erklärt wird, erfolgt in der nächsten Sitzung.

Die soziale Fürsorge für die Landarbeiter,

die von der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen entfaltet wird, erstreckt sich im wesentlichen auf die Dekorierung von Landarbeitern für langjährige treue Dienste bei demselben Arbeitgeber oder dessen Familie bezw. auf demselben Gut. Im vergangenen Jahre sind nicht weniger als 850 Personen mit Auszeichnungen versehen worden. Es sind 287 Diplome, 157 bronzene Medaillen, 185 Broschen, 150 silberne Medaillen und 71 silberne Kreuze zur Verteilung gekommen. Seit dem Jahre 1901 sind nicht weniger als 8365 Personen dekoriert worden. Hunderttausende aber haben diesem Paradiese, wo es ja nach jahrzehntelanger unerhörter Ausbeutung ein Diplom gibt — den Rücken gekehrt.

Ein preußisches Gesetz über das Irrenrecht.

Die Justizkommission des Dreiklassenhauses beschäftigte sich mit einem sozialdemokratischen Antrag, der die Staatsregierung auffordert, auf ein Reichsgesetz hinzuwirken, wodurch das gesamte Irrenrecht geregelt werden soll. Das Gesetz soll nicht nur die Voraussetzungen der Unterbringung und Entlassung von Geisteskranken in und aus Irrenanstalten näher umschreiben; es sollen durch das Gesetz auch die Rechte der Geisteskranken und ihrer Angehörigen, die Vorbildung des Pflegepersonals und die Ueberwachung der Anstalten durch Kommissionen, denen auch Laien angehören sollen, geregelt werden. Die Justizkommission stellte sich nicht auf den Standpunkt, daß ein Reichsgesetz verlangt werden soll, nahm aber den sozialdemokratischen Eventualantrag an, ein Landesgesetz dieses Inhalts zu fordern.

Wahlrechtsänderung in Anhalt.

Der anhaltische Landtag ist am Mittwoch eröffnet worden. Unter den Vorlagen der Regierung erweckt die Vorlage betreffend die Abänderung des Landtagswahlrechts naturgemäß das meiste Interesse im Lande. Der Landtag zählt bisher 36 Abgeordnete, zwei davon ernennt der Herzog, acht wählen die meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden, zehn das platte Land und vierzehn die Städte. Stimmberechtigt zu den Wahlen der meistbesteuerten Grundbesitzer sind diejenigen Grundbesitzer, die 63 Mark und mehr zur festen Grundsteuer zahlen. Stimmberechtigt zu den Wahlen der meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden sind die Handels- und Industrieleute, die mit einem aus ihren Betrieben herrührenden Einkommen von mindestens 18 000 Mark zur Einkommensteuer veranlagt sind. Fabrikdirektoren sind in dieser Klasse nicht wahlberechtigt. Wahlberechtigt zu den Wahlen der Städte und des platten Landes sind alle Anhaltiner, die 25 Jahre alt, seit mindestens sechs Monaten in Anhalt ihren Wohnsitz haben, in den Städten ein Einkommen von mindestens 1050 Mark und auf dem Lande ein solches von mindestens 600 Mark versteuern.

Nach der Abänderungsvorlage der Regierung soll der Landtag künftig 44 Abgeordnete (acht mehr) haben, nämlich zwei vom Herzog ernannte Abgeordnete (wie bisher), acht Abgeordnete der meistbesteuerten Grundbesitzer (wie bisher), vier Abgeordnete der meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden (zwei mehr), einen Abgeordneten der Handelskammer (neu), einen Abgeordneten der Handwerkskammer (neu), einen Abgeordneten der Arbeitskammern (neu), sechzehn Abgeordnete der Städte (zwei mehr), elf Abgeordnete des platten Landes (einer mehr). Von den Abgeordneten der Städte und des platten Landes sollen aber je fünf den Wählern vorbehalten bleiben, die zur Einkommensteuer mit einem Einkommen von 3000 Mark oder mehr veranlagt sind (zweite Abteilung). Zur Teilnahme an den Wahlen der dann noch verbleibenden elf Abgeordneten der Städte und sechs des platten Landes soll eine Steuerleistung nicht mehr erforderlich sein (erste Abteilung). Der Zensus von 1050 Mark in den Städten und 600 Mark auf dem Lande soll also aufgehoben werden. Die Wähler der zweiten Abteilung sollen aber auch in der ersten Abteilung wahlberechtigt sein, sollen somit zwei Stimmen haben. Stimmberechtigt sollen die männlichen anhaltischen Staatsangehörigen sein, die das 25. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Jahren (bisher sechs Monate) ihren Wohnsitz in Anhalt haben. Bisher war das Wahlverfahren geheim und indirekt, künftig soll es geheim und direkt sein.

Unter dem bisherigen Wahlrecht haben die Konservativen mit den sich nationalliberal nennenden Freikonservativen eine Mehrheit von mehr als zwei Drittel im Landtage. Die Freisinnigen haben fünf Mandate und die Sozialdemokratie hat eins. Bei einer Neuwahl nach dem jetzigen Gesetz hätte die Sozialdemokratie ganz sicher in den Städten sowohl als auch auf dem Lande mehrere Mandate erobert, denn der Zensus von 1050 Mark hat es nicht mehr verhindern können, daß die Sozialdemokratie in den Gemeinderäten einiger Städte zur Mehrheit gelangte. Die Mehrheit der Konservativen und Freikonservativen wäre allerdings dank der ihnen immer zufallenden Mandate der Privilegierten niemals zu erschüttern gewesen. Seit Jahren ist deshalb die Sozialdemokratie gegen dieses Wahlrecht, das einer ganz kleinen Minderheit des Volkes die Herrschaft im Landtage ermöglichte, Sturm gelaufen. Und nun kommt die Staatsregierung nach jahrelangem Drängen mit einer Wahlrechtsänderung, die die Festigung dieses skandalösen Zustandes zum Ziel hat. Denn den Konservativen und Freikonservativen werden totsicher die zwei Mandate zufallen, die der Herzog zu vergeben hat, die acht der meistbesteuerten Grundbesitzer, die vier der meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden, das Mandat der Handelskammer, das der Handwerkskammer und die zehn Mandate der zweiten Abteilung in Stadt und Land, insgesamt 26 Mandate. Da ihnen aber auch noch einige Mandate auf dem Lande und in den Landstädten aus der ersten Abteilung zufallen werden, so werden sie es ganz gewiß auf 30 Mandate bringen. Das Mandat der Arbeitskamer soll solange ruhen, bis diese Kammern durch Reichsgesetz zur Einführung gelangen, es wird also noch sehr lange Zeit unbesetzt bleiben. Sozialdemokraten und Freisinnige können es mithin vor der Hand zusammen auf 13 Mandate, niemals aber auf mehr als 14 bringen. Das ist auch der von der Staatsregierung gewollte Zustand, wie aus der Begründung der Vorlage hervorgeht.

Unsere Parteigenossen in Anhalt haben sofort nach Erscheinen der Vorlage den Wahlrechtskampf organisiert und werden alles aufbieten, um zu verhindern, daß das volksfeindliche Machwerk der Regierung Gesetz wird.

Frankreich.

Manifest der französischen Gewerkschaften gegen die Rüstungen. Die Generalkommission der französischen Gewerkschaften die C. G. T. hat folgendes Manifest erlassen:

„Die militaristische Reaktion fordert die Rückkehr zur dreijährigen militärischen Dienstzeit. Der angeführte Vorwand bildet die Steigerung der Effektiven, die vom Deutschen Reich beschlossen wurde. Dieses beruft sich seinerseits auf das von unseren Leitenden versuchte Erwecken des Chauvinismus. Die Regierungen beider Länder wollen die Zahl der einkasernierten Arbeiter steigern, die militärischen Lasten, die so schwer auf der Arbeiterklasse liegen, vermehren. Zu welchem Zweck? Soll der Bedrohung, im Geiste der Regierenden, nicht ein kriegerischer Konflikt folgen? Ist es nicht, um diesen unvermeidlich zu machen, daß sich auf beiden Seiten der Grenze die chauvinistischen Aufreizungen so vervielfältigen? Dieser für das Proletariat mörderischen Dualität kann nur durch eine Annäherung der zwei Völker eine Ende gemacht werden!

Schon hat das Internationale Arbeitersekretariat dieses Werk begonnen. Verfolgen wir die völlige Verwirklichung dieser notwendigen Vereinigung, indem wir uns der Rückkehr der dreijährigen Dienstzeit widersetzen, indem wir die neuen militärischen Lasten energisch bekämpfen. Vergessen wir nicht, daß die gewerkschaftliche Bewegung nur im Frieden gedeihen und wachsen kann; daß nur im Frieden die Arbeiterklasse ihr Befreiungswerk fortzusetzen vermag. Unter den gegenwärtigen Umständen ist es Pflicht der Allgemeinen Arbeiterföderation, die Aufmerksamkeit ihrer Organisationen auf diese ernsten Fragen zu lenken. Sie zählt auf jede von ihnen, um den Protestfeldzug, der durch die Drohungen der Reaktionäre notwendig wurde, richtig zu führen. Sie appelliert an die Wachsamkeit aller Arbeiter, die nicht haben möchten, daß neue militärische Maßnahmen verwirklicht werden, die sich vor allem gegen das Proletariat richten. Keine Organisation, kein Proletarier kann untätig bleiben, ohne eine schwerwiegende Verantwortung auf sich zu laden. Die Untätigkeit hieße die Ausführung eines Programms erlauben, dessen Resultat im Krieg bestehen müßte. Bereiten wir uns vor, an jeder Agitation teilzunehmen, um zu zeigen, daß die Klasse der Arbeiter und der Bauern der 3jährigen Dienstzeit und der kriegerischen Ausgaben, die sie im Gefolge hat, feindlich gesinnt ist. Den Beschlüssen unserer Kongresse getreu, rufen wir im Augenblick der Gefahr allen zu:

Arbeiter, Bauern, die dreijährige Dienstzeit, die neuen Rüstungen bedeuten die Erschwerung des militärischen Jochs, das auf Euren Söhnen lastet — bedeutet im Hinblick auf die in Aussicht stehenden Steuern und als Folge der Abwesenheit der zur Produktion nützlichen Arme eine neue Steigerung der Lebensmittelpreise — bringen den Vätern, den Müttern die Entziehung ihrer natürlichen Stütze noch auf ein weiteres Jahr — bringen ein größeres Elend in die Hütte oder in die Wohnung! Sie bedeuten vor allem in kurzer Zeit den brudermörderischen Zusammenprall der Völker; den Krieg.

Proletarier der Hand- und der intellektuellen Arbeit! Erinnert Euch, daß Euer heftiger Protest im Augenblick der Agadir-Spannung den blutigen Zusammenstoß zwischen dem deutschen und dem französischen Volk vermied.

Arbeiter der Fabrik, der Bauplätze, der Bureaus und des Feldes, erhebt Euch gegen die neuen Rüstungen. Zeigt Euer Entsetzen über den idiotischen Chauvinismus und den interessierten Patriotismus!

Das konföderale Komitee.“

Die französische Arbeiterschaft darf überzeugt sein, daß die deutschen Proletarier sich nicht weniger leidenschaftlich gegen die wahnsinnige Aufrüstung wenden wird, zu der Deutschlands Regierung wieder einmal das Zeichen gab.

Belgien.

Die Furcht vor dem Generalstreik. Die Bürgermeister der großen belgischen Provinzstädte haben dem Ministerpräsidenten Broqueville ein Memorandum überreicht, worin sie um eine prinzipielle Erklärung der Regierung zugunsten einer Wahlreform ersuchen, damit der Ausbruch des von der sozialdemokratischen Parteileitung angekündigten Generalstreiks vermieden werde. Broqueville hat eine Prüfung des Memorandums zugesagt und die Bürgermeister zum kommenden Freitag nochmals zu sich gebeten.

Balkan.

Die Friedensaussichten steigern sich. Von allen Seiten kommen Nachrichten, daß mit einem baldigen Friedensschluß zu rechnen sei. In Wien ist die offizielle Verständigung eingetroffen, daß der türkische Botschafter in London, Tewfik Pascha, durch Vermittelung Sir Edward Greys um Vermittelung der Großmächte zur Herbeiführung des Friedensschlusses nachgesucht hat.

Die „Agenzia Stefanie" meldet aus London: Die ottomanische Regierung hat der englischen Regierung mitgeteilt, sie gebe sich bezüglich des Friedensschlusses vollkommen in die Hände der Mächte. Damit hat die Türkei dokumentiert, daß sie nicht weiter kann und nun bereit ist, auch Adrianopel fallen zu lassen.

In Triest ist ein Albanesenkongreß zusammengetreten. Professor Schiro sprach sich für die Einverleibung aller von den Albanesen bewohnten Orte in das selbständige Albanien aus. Prinz Ghika erklärte, die Albanesen sollten nicht in der Diplomatie ihre Stütze suchen, sondern der Kraft ihrer eigenen Waffen vertrauen. Redner hob sodann die sympathischen Gefühle hervor, mit denen Frankreich die albanischen Bestrebungen verfolge.

Finnland.

Die Wiederkehr des Gleichen. Das zu einer traurigen Berühmtheit gelangte russische Reichsgesetz vom 30. Juni 1910 schreibt u. a. vor, daß der finnländische Landtag vier Deputierte in die Reichsduma wählen soll. Die von dem gegenwärtigen Kaiser im Jahre 1906 sanktionierte finnländische Landtagsordnung weiß von einer derartigen Funktion des Landtags nichts. Trotzdem wurde im Herbst 1910 ein außerordentlicher Landtag zu diesem Zweck einberufen. Die russische Regierung benutzte die Gelegenheit, um noch in besonderer Weise zu unterstreichen, daß ihr die finnländische Landtagsordnung Hekuba sei. Sie übergab dem außerordentlichen Landtag nicht, wie das finnländische Grundgesetz es verlangt, eine vom Ministerstaatssekretär für Finnland gegengezeichnete kaiserliche Vorlage über den fraglichen Gegenstand, sondern sie begnügte sich damit, im Landtag gedruckte Exemplare des genannten russischen Gesetzes verteilen und ihm durch den finnländischen Senat brieflich mitteilen zu lassen, daß er nun die Wahlen zu erledigen habe. Wollte der finnländische Landtag nicht gegen sein eigenes Landtagsgesetz verstoßen, so durfte er von dem ganzen Verfahren überhaupt nicht Notiz nehmen. Es war also ganz logisch, daß der Landtagspräsident nach Empfang des Senatsschreibens dem Landtag mitteilte, daß er wohl ein Schreiben erhalten habe, sich aber durch die Vorschriften der Landtagsordnung verhindert sehe, seinen Inhalt dem Landtag vorzutragen. Dies Vorgehen des Präsidenten fand den einstimmigen Beifall des Parlaments, das dem Kaiser mitteilte, daß die Frage, behufs deren Behandlung es zusammenberufen worden war, überhaupt nicht habe diskutieren können. Man sollte meinen, daß dies deutlich genug gewesen sei. Nun aber hat die russische Regierung wieder, und zwar in der gleichen ungesetzlichen Form, dieselbe Aufforderung an den finnländischen Landtag gerichtet, die dieser natürlich wiederum in der gleichen Weise beantworten wird. Es soll also wieder ein neuer Konflikt heraufbeschworen werden, und da kein anderer Brennstoff augenblicklich zur Hand ist, greift man zu diesem bewährten Mittel, das ja unter keinen Umständen versagen kann. Nun hat die russische Regierung aufs neue Gelegenheit, in der europäischen Presse die Mär zu verbreiten, daß die Finnländer allem russischen Entgegenkommen nur immer denselben Starrsinn entgegensetzen und deshalb natürlich vollauf das es verdienen, was ihnen beschieden ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 3. März.

Achtung, Bauarbeiterverband! Die Differenzen am Turnhausneubau in Travemünde sind beigelegt.

Der Zweigvereinsvorstand.

Achtung, Maschinisten und Heizer! Bei der Rheinischen Tiefbau-Gesellschaft m. b. H., Baustelle Schwerwehr (Flemhuder See) sind von der unterzeichneten Organisation Lohnforderungen gestellt worden. Die Vertreter der Firma lehnten jedwede Verhandlung mit der Organisation ab. Die dort sechzehn Stunden betragende Arbeitszeit dürfte ohnehin nicht geeignet sein, Leute heranzuziehen. Wir bitten die gesamte Arbeiterschaft, den Zuzug zu dieser Baustelle fernzuhalten.

Verband der Maschinisten und Heizer.
Zahlstelle Kiel.

Der Frauentag der Genossinnen in Moisling erfreute sich einer außerordentlich lebhaften Beteiligung. Auf dem Lindenplatze hatten sich über 200 Genossinnen eingefunden, sodaß sich ein ganz ansehnlicher Demonstrationszug nach die Moislinger Allee nach Moisling bewegte. Die Versammlung wurde vom Arbeiter-Gesangverein Moisling mit einigen Liedern eröffnet. Genossin Reitze erzielte für ihre Rede stürmische Beifallskundgebungen. Am Schlusse sangen die Genossinnen stehend die Arbeitermarseillaise. Nur langsam leerte sich das überfüllte Versammlungslokal.

Der Bahnbau nach Schwartau-Neustadt gesichert. Zwischen Preußen und Oldenburg ist am 1. März von den beiderseitigen Kommissaren ein Staatsvertrag wegen Herstellung einer Bahn von Neustadt (Holstein) nach Schwartau geschlossen worden.

b. **Strafkammer** am 1. März. Vier Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust erhielt der Arbeiter F. hier, der sich an seinen 4- und 14jährigen Töchtern verschiedener Sittlichkeitsverbrechen schuldig gemacht hat. Unverständlich ist bei derartigen Verbrechern, daß sie oft der im Rausche begangener Straftaten meistens nicht erinnern wollen und so es lieber mit ansehen, ihre eigenen Kinder gegen sich zeugen zu lassen. — Zwei Frauen W. und E. waren der versuchten Abtreibung angeklagt. Erstere wurde zu der Mindeststrafe von 7 Wochen Gefängnis verurteilt; auch wurde ihr die bedingte Begnadigung in Aussicht gestellt, während die zweite 8 Monate sitzen soll. Der Händler K. aus Stockelsdorf gab einem Korbwarenhändler einen Auftrag für ein Fräulein. Diese Bestellung war jedoch nur fingiert, um eine Schwindelei zu bewerkstelligen. Er gab nämlich an, seine Frau sei gestorben und die Kinder erkrankt und sei nicht in der Lage, einen Sarg zu kaufen, man möge ihm etwas Geld leihen. Beim Korbwarenhändler erhielt er 50 Pfg. und einen Spankorb für 1:20 Mk. Dieses Geld wurde wieder ersetzt, aber Anzeige war schon erstattet. Da K. rückfällig ist, wird er zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Das Junggesellenheim im Hochofenwerk scheint keine bessere Aufsicht bekommen zu haben, seit der Kalfaktor im Zuchthaus sitzt. Jener hatte vor einiger Zeit einen Österreicher um 120 Mk. erleichtert, das Geld in lustiger Gesellschaft verklopft und dann zwei Jahre Zuchthaus bekommen. am Sonnabend berichteten wir von einem Insassen, der seinem Kameraden Kleidungsstücke entwendet hatte und dafür 6 Monate erhielt, nun wäre aus derselben Sitzung noch nachzutragen, daß ein weiterer Junggesellenheimbewohner die Kleider eines Arbeitskameraden anzog, 4 Rasiermesser einsteckte und ein Paar Stiefel mitnahm, die er für insgesamt 4.50 Mark verschacherte. Neun Monate Gefängnis erhält dieser Rückfallsdieb. Eine nette Gesellschaft.

b. **Das Schwurgericht** begann heute vormittag seine Tagung. Es sollen heute drei Fälle abgewickelt werden. Sie bieten ein sehr unerfreuliches Bild: alle sechs Angeklagte sind junge, bartlose Leute, die knapp die Zwanzig überschritten haben und doch schon der schwersten Verbrechen, des Raubes und der Brandstiftung, angeklagt sind. Der erste Angeklagte ist der 22jährige Knecht Ehlers aus Moorgarten. Er hat am 13. Dezember 1912 zwei dem lübschen Staate gehörige Scheunen zu Niendorf in Brand gesteckt und dem Mühlenbesitzer Gühlke durch Einbruch 860 Mk. gestohlen. Die Intelligenz des Angeklagten scheint nicht übermäßig groß zu sein, wenigstens wird sie im Laufe der Verhandlung zum Teil stark angezweifelt. Ehlers hatte seine Eltern nie kennen gelernt, er wurde von der jetzt 74jähr. Großmutter erzogen, die ihn als guten Jungen bezeichnet, der erst mit dem 5. Jahre sprechen lernte. Später kam er in verschiedene Stellen als Knecht und war zuletzt hier in Lübeck Arbeiter bei einer Getreidefirma. Am 13. Dezember entschloß sich der Angeklagte nach dem Abendbrot, nach Niendorf zu wandern und bei seinem früheren Dienstgeber, dem Mühlenbesitzer Gühlke, Geld zu stehlen. Um den Einbruch besser ausführen zu können, faßte der junge Bursche den verderblichen Plan, die Scheunen des Gutshofes in Brand zu stecken. Er wußte, daß Gühlke Feuerwehrhauptmann ist, der als solcher sofort zur Brandstelle gehen muß, er rechnete auch ganz richtig, daß die andern Mitbewohner zum Feuer eilen würden, somit seinem Suchen nach Geld kein Hindernis entgegenstehen würde. Dieses Geld wollte Ehlers haben, um ein fröhliches Weihnachtsfest feiern zu können. Er kletterte auf den Heuboden, schleuderte brennende Streichhölzer in die Futtervorräte und schlich, als bei dem herrschenden Winde die Flammen gleich darauf emporloderten, auf Umwegen zu Gühlke. Dort schlug er ein Fenster ein, stieg in die Wohnung und suchte nach dem gewünschten Gut. In der Schlafstube erbrach Ehlers mit einem Schlittschuh die Kommode, nahm die darin liegende Kassette und beraubte sie des Inhalts auf freiem Felde. Etwas über 860 Mk. bares Geld in Papier, Gold und Silber war darin enthalten. Während nun der Dieb mit seinem Raub davonschlich, brannten die beiden Gutsscheunen total nieder, die Feuerwehr hatte alle Macht aufzubieten, um das Wohnhaus zu retten. Die Lübecker Feuerwehr mußte zweimal zu Hilfe kommen. Der Schaden war ungeheuer groß. Hunderttausend Mark beträgt er. Dem Pächter Rose verbrannte der größte Teil der Ernte, 13 Starken 9 Fohlen, zwei Schweine und 150—200 Stück Federvieh. 53 000 Mk. waren durch Versicherung gedeckt, während der Pächter 17 000 Mk. Schaden selbst zu tragen hat. Die Gebäude standen mit 36 200 Mark in der Brandversicherung zu Buch. An seinem Raub hatte Ehlers keine Freude, obwohl er sehr sorgsam behütet war. Ein Teil war auf dem Boden seines Arbeitgebers und der andere in seiner Kammer. 774 Mark konnten Gühlke wieder zurückgegeben werden, wo der Rest hingekommen ist, kann der Angeklagte nicht angeben, er glaubt, daß der Wind das Papiergeld verweht hat. Ehlers weiß für seine Tat weiter keinen mildernden Grund anzugeben, außer dem, daß in seiner Stellung bei Gühlke ihm einmal 50 Mk. bares Geld und für 450 Mark Sachen verbrannt seien. Deshalb wollte er dort stehlen. Die Geschworenen bejahen in allen Punkten die Schuldfragen und verneinten mildernde Umstände. Das Urteil lautet darauf wegen Brandstiftung und Einbruchsdiebstahls auf 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. In dem Urteil wurde hervorgehoben, daß sich die Brandstiftungen in der Umgebung mehren und deshalb schwer bestraft werden müßten. Beantragt waren 6 Jahre und 10 Jahre Ehrverlust. Die Verteidigung hatte vom Ablehnungsrecht der Geschworenen den höchst zulässigen Gebrauch gemacht und durch die Bank die ländlichen abgelehnt.

Eine Verordnung von tief einschneidender Bedeutung hat das Polizeiamt für den Bezirk der Stadtgemeinde Lübeck erlassen. Dieselbe hat folgenden Wortlaut: § 1. Den Schank- und Gastwirten sowie den Kleinhändlern mit Branntwein oder Spiritus ist es verboten, in der Zeit von Beginn der Polizeistunde oder des Ladenschlusses ab bis 7½ Uhr morgens Branntwein, Liköre oder nicht denaturierten Spiritus auszuschenken oder zu verkaufen. § 2. Ausgenommen von diesem Verbote sind die Bahnhofswirte gegenüber den Eisenbahnreisenden und die Gastwirte gegenüber ihren Logiergästen. § 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft. § 4. Diese Verordnung tritt am 1. April 1913 in Kraft. — Wir wissen nicht, aus welchem Anlaß das Polizeiamt zu dieser Verordnung gekommen ist. Haben triftige Gründe dazu vorgelegen, dann möge man sie in irgend einer Form der Öffentlichkeit unterbreiten. Hierzu liegt umsomehr ein Anlaß vor, als durch diese Verordnung die kleinen Gastwirte, die ohnehin schwer genug um ihre Existenz zu ringen haben, ganz empfindlich betroffen werden. In der Annahme, daß das Polizeiamt die Gründe mitteilt, welche zum Erlaß dieser Verordnung geführt haben, wollen wir uns heute jeden weiteren Kommentars enthalten.

js. **Enteignungsentschädigung für Bauland.** Bei der Feststellung der Entschädigung für enteignetes Land entsteht zunächst die Frage, ob es sich um Bauland handelt. Ist das der Fall, so ist weiter zu prüfen, auf welche Weise das Terrain am besten hätte ausgenutzt werden können. Zu diesem Behufe pflegen die vom Gericht ernannten Sachverständigen einen fingierten Bauplan aufzustellen, auf Grund dessen dann der Wert des Areals geschätzt wird. Ob und in welchem Umfange das Gericht den Gutachten der Sachverständigen folgen will, steht im freien Ermessen des Gerichts; ebenso die Frage, welchem von mehreren sich widersprechenden Gutachten das Gericht den Vorzug geben will. Im übrigen richtet sich die Zubilligung der Entschädigung nach den Bestimmungen des betreffenden Landesrechts. Hierzu interessiert folgender Rechtsstreit: Der Rentier A. R. in Lübeck war Eigentümer eines am Lindenplatz in der Vorstadt St. Lorenz gelegenen Grundstückes von 4800 Quadratmeter Größe. Dieses Grundstück wurde im Jahre 1902 zugunsten der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft, die es zu Bahnhofszwecken brauchte, enteignet und hierfür eine Entschädigung von 98 000 Mark zugebilligt. R. beschritt hiergegen den Klageweg und verlangte eine weitere Entschädigung von 57 000 Mark. Die Bahngesellschaft dagegen beanspruchte mit einer Widerklage Herabsetzung der Entschädigung um 18 000 Mark. Das Landgericht Lübeck hat die Widerklage der Bahn abgewiesen und dem Kläger 19 800 Mark mehr zugesprochen, als im Enteignungsverfahren festgesetzt war. Dagegen hat das Oberlandesgericht Hamburg die Entschädigung im ganzen auf 110 000 Mark festgesetzt und demgemäß dem Kläger nur 12 000 Mark mehr zuerkannt. Es führt hierzu in seiner Urteilsbegründung aus: Das streitige Areal ist unbestritten mit Rücksicht auf den von der Stadt Lübeck für die Vorstadt St. Lorenz aufgestellten Bebauungsplan als Bauland anzusehen. Der Umfang der Entschädigung ist gemäß dem Lübeckischen Enteignungsgesetz nach Maßgabe des § 252 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu bemessen. Danach umfaßt der zu ersetzende Schaden auch den entgangenen Gewinn, der nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge oder nach besonderen Umständen mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden konnte. Als einen solchen Gewinn sieht der Kläger den Gewinn an, den er aus der Parzellierung des Terrains erlangen konnte. Das Areal ist in der Tat der Parzellierung zugänglich gewesen. Es stehen sich zwei verschiedene Pläne der Sachverständigen gegenüber. Der dem Kläger günstigere Plan des Sachverständigen D. ist nur dann zu Grunde zu legen, wenn mit Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen war, daß er ausgeführt worden wäre, wenn die Enteignung nicht eingetreten wäre. Das trifft aber bezüglich dieses Planes nicht zu. Der Kläger würde wahrscheinlich anders gehandelt haben, als in dem von ihm jetzt zu Grunde gelegten Plan projektiert ist. Dieser Plan ist aber nach der Überzeugung des Senats in Wirklichkeit auch gar nicht der dem Kläger günstigere. Ohne Erfolg versuchte es der Kläger mit dem Rechtsmittel der Revision gegen diese Entscheidung: das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt.

wb. **Hansatheater.** Das neue Programm des Hansatheaters hat eine Reihe guter Spezialitäten nach Lübeck gebracht. Den Reigen eröffnet das Antonio Duo, ein Gesangsduett, das auch in einer Ballszene auftritt und in dieser recht anziehungsvoll wirkt. Die musikalischen Clowns Freres Chautrell erzeugten Lachsalven über Lachsalven, die der Hamburger Humorist Albert Hammer noch verstärkte. Die Singer Compagnie bringt einen komischen Exzentrik-Akt und Lilly Baralla erstklassige Hunde-, Affen- und Geflügel-Dressuren. Adam I ißt und trinkt wie ein Mensch und die dressierten Hähne setzen das Publikum in Erstaunen. Die Verwandlungstänzerin Lannera bietet mit ihrem geschmeidigen Körper die schönste Augenweide. Sie und Alice Markert, die als Spreewälder Amme, Streichholz-Jule und Scheuerfrau auftritt, bezeichnen wir als die besten Nummern. Die komischen Parodisten Läpp und Habel beschließen das Programm.

Hansfelde. Ein erhebliches Feuer kam gestern abend 11¼ Uhr auf der Ziegelei Neddeisenhof zum Ausbruch. Auf bisher unaufgeklärte Weise ging das Wohnhaus vollständig in Flammen auf. Das Mobiliar ist gerettet worden.

h. **Eutin.** Öffentliche Frauenversammlung. Am Sonnabend fand hier im Lokale des Herrn P. Schröder eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Genossin Steinbach aus Hamburg über das Thema „Die Frauen fordern ihre Gleichberechtigung" referierte. Der Besuch war ein ziemlich guter zu nennen, besonders waren eine ganze Anzahl Frauen erschienen, die den Ausführungen der Referentin aufmerksam folgten. Sehr drastisch führte die Referentin den Anwesenden vor Augen, wie rechtlos heute noch die Frauen im politischen sowohl wie im wirtschaftlichen Leben sind, und daß dieses nur anders werden könnte, wenn auch die Frauen sich dazu entschlössen, der politischen Organisation beizutreten und so Seite an Seite mit den Genossen für eine Besserstellung der Frauen einzutreten. Daß die Ausführungen nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind, bewiesen eine ganze Anzahl Aufnahmen, die nach der Versammlung gemacht wurden. Im Schlußwort forderte Genosse Gloe die Anwesenden auf, die Arbeiterpresse zu lesen. Leider wird in dieser Beziehung hier in Eutin noch sehr viel gefehlt, sind es doch ganze 45—50 Abonnenten, die hier in Frage kommen, und das in einem Ort von ca. 7000 Einwohnern. — Ihr Arbeiter von Eutin, ist das nicht beschämend für Euch? Wer tritt denn für Eure Interessen zu jeder Zeit und Stunde ein? Wer steht Euch zur Seite, wenn Ihr im Kampfe um Besserstellung Eurer Arbeitsbedingungen ringt? Etwa die bürgerliche Presse? O nein! Die hat nur Verachtung für Euch und Euer Bestreben übrig, indem sie Euch bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten noch verhöhnt. Einzig und allein der „Volksbote" ist es, der für Euch und Eure Interessen eintritt. Darum, Arbeiter von Eutin, heraus mit dem Käseblättchen aus Euren Häusern und dafür Euren „Lübecker Volksboten" bestellt.

Hamburg. Verhafteter Raubmörder. In der Nacht zum 22. Februar wurde, wie berichtet, in seiner Wohnung in Böel, Kreis Schleswig, der 71jährige Arbeiter Heinrich Ehlers ermordet und eines Portemonnaies mit mehreren hundert Mark beraubt. Der Täter, ein 48jähriger Arbeiter namens Peter Dethlessen, ist in der Nacht zum Sonntag im Blauen Kreuz in der Niedernstraße ermittelt und verhaftet worden. Er hatte zwei Portemonnaies mit 180 Mk. und 7 Mk. im Besitz. Seine Vernehmung durch den Staatsanwalt und den Untersuchungsrichter aus Flensburg soll am Montag in Hamburg erfolgen. Ueber den Erwerb des Geldes konnte er sich nicht ausweisen.

Kiel. Geständiger Mörder. Der kürzlich wegen Mordverdachts verhaftete Arbeiter Weien aus dem Kreise Rendsburg hat vor dem Untersuchungsrichter des Kieler Landgerichts das Geständnis abgelegt, die Witwe Saß in Rendsburg ermordet und beraubt zu haben.

Schwerin. Die Leiche im Milchkeller. Seit einigen Tagen wurde ein in der Zentralmolkerei in Schwerin angestelltes Mädchen, Emma Fermumm, vermißt. Jetzt fand man die Leiche in einem gemauerten mit Wasser gefüllten Bassin im Keller der Molkerei. Sie muß dort fast drei Tage gelegen haben, ohne von den in demselben Raume beschäftigten Personen entdeckt worden zu sein. Die Leiche weist Verletzungen am Hinterkopfe auf. Anscheinend liegt ein Verbrechen vor. Die Staatsanwaltschaft untersucht eifrig die Angelegenheit.

Rüstringen. Ein Jubiläum. Die Parteidruckerei in Rüstringen kann am heutigen 3. März auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Wohl wurde unser hiesiges Parteiblatt, das „Norddeutsche Volksblatt", bereits früher gegründet, aber es wurde nicht am Erscheinungsorte, sondern abwechselnd in Braunschweig und Bremen hergestellt. Erst im Jahre 1888, unter dem Sozialistengesetz, wurde in Rüstringen eine eigene Parteidruckerei errichtet. Im Laufe der Jahre hat das Volksblatt manchen Strauß zu bestehen gehabt; mancher Kampf mit Polizei und Behörden mußte ausgefochten werden. Wie die Entwickelung ihren Gang nahm und welche Erfolge heute nach 25jähriger volksaufklärender Tätigkeit das Organ unserer oldenburgischen Genossen zu verzeichnen hat, davon gibt eine Reihe von Artikeln Kunde, die die einfach ausgestattete Jubiläumsnummer bringt. Sie handeln von Fehden und Kämpfen, und wie diese nicht fehlten, so blieben auch die gerichtlichen Strafen nicht aus. Heute hat sich das Blatt, das die rote Sturmfahne im agrarischen Oldenburg und Ostfriesland und in dem werftindustriereichen Wilhelmshaven hochhält, eine imponierende Position geschaffen und die Gegner wissen, daß sie damit zu rechnen

haben. Außer der Festnummer des Blattes erscheint zum Jubiläum der Parteidruckerei noch eine historische Schrift aus der Feder des mit den politischen und besonders den parteipolitischen Verhältnissen Oldenburgs am besten vertrauten Genossen Hug. Die drei Bogen starke Schrift wird an Interessenten gratis abgegeben und bildet einen Teil von der demnächst erscheinenden oldenburgischen Parteigeschichte.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Weh dem, der lügt!" Lustspiel in 5 Aufzügen von Grillparzer. Man würde an diesem Lustspiel eine weit größere Freude haben, wenn nicht das ebenso überflüssige wie reichliche religiöse Beiwerk darin vorhanden wäre. Die Szenen, welche sich zwischen dem halb-„wilden" Rheingrafen Kattwald, dessen liebreizender Tochter Edrita und deren angehenden Ehegesponst Galomir einerseits und dem munteren Küchenjungen Leon sowie dem jungen Atalus andererseits abspielen, sind frei von aller Moralpredigt und so unwiderstehlich drollig, daß man sich dabei prächtig unterhält. Zeitweilig lösen sie geradezu stürmische Heiterkeit aus. Am Sonnabend erfuhr das Lustspiel an unserer städtischen Bühne eine Wiedergabe, die hochbefriedigend war. Den Rheingrafen Kattwald gab Herr Brunow mit derbem Humor, ungeschlacht und wirkungsvoll, eine echte Bärennatur. Voller Lieblichkeit und natürlicher Anmut war Frl. Hüppeden als Edrita; das „heidnische" Aeußere kleidete sie allerliebst. Urkomisch gestaltete Herr Tröndle den Galomir. Die christliche Seite, die — bis auf den Küchenjungen — weniger interessiert, war durch die Herren Schürer (Leon), Pauly (Atalus) und Nowack (Bischof) sehr gut vertreten. Herr Brunow zeichnete für die Regie, der das verdiente Lob nicht vorenthalten werden soll.

In Wagners „Tannhäuser" verabschiedete sich gestern Frau Bartsch als Elisabeth. Diese lichte Frauengestalt fand in der Künstlerin eine Vertreterin, die ihrem Gesang echtes Empfinden und tiefe Innigkeit zu geben wußte. Das stark besuchte Haus konnte des Beifalls kein Ende finden. Auch die übrigen Künstler leisteten ihr Bestes. P. L.

Genossenschaftsbewegung.

Die Entwickelung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1912 war eine überaus glänzende. Der Warenumsatz stieg von 109 605 469,39 Mk. auf **135 907 173,21 Mk.**, also um 26 301 703,82 Mk. = rund **24 %**. Der Umsatz der Zigarren- und Tabakfabriken erhöhte sich von 2 692 608,25 Mk. auf **3 365 528,24 Mk.**, also um 672 919,99 Mk. = 25 %. Aehnlich entwickelte sich die Seifenfabrik. Sie steigerte ihren Umsatz von 4 863 904,30 Mark auf **5 539 737,66 Mk.**, also um 675 833,36 = fast **14 %**. Ganz gewaltige Fortschritte machte die Bankabteilung. Sie setzte auf Girokonto um im Kredit **156 877 109,73 Mk.** gegen 97 242 189,85 Mk. im Vorjahre, also 59 634 919,88 Mk. oder reichlich **61 %** mehr; im Debet **154 537 935,19 Mk.** gegen 95 489 351,39 Mk. im Vorjahre, also 59 048 583,80 Mk. oder fast **62 %** mehr. Dieses allgemeine Wachstum darf die deutschen Genossenschaften mit berechtigtem Stolz erfüllen. Während die englische Großeinkaufsgesellschaft im 19. Jahre ihres Bestehens es erst auf 83 Millionen Mark Umsatz gebracht hatte, weist die deutsche nach neunzehnjähriger Tätigkeit bereits 136 Millionen Mark auf. Das eröffnet die schönsten Aussichten für die Zukunft.

Briefkasten.

Mehrere Arbeiter und Kunstfreunde. Es ist richtig, daß im Jahre 1892 im Tivoli unter der Direktion Bongardt Opern aufgeführt sind. „Tell", „Don Juan", „Die Hugenotten", „Carmen", „Troubadour" und andere erfuhren dort eine vorzügliche Wiedergabe, da Künstlerinnen wie Frau Gentz, Frau Thoma-Börs, Frl. Schiffer, Sänger wie Bongardt, Berndt, Branzowski, Böszermeni, Keller 2c. darin mitwirkten. Nur der Chor war für die große Oper zu klein; Direktor Erdtmann vom Stadttheater gestattete es aber nicht, daß sein Extrachor im Tivoli mitwirkte.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Verkauf (1577
lebender Aalt
(Stieg 80 Pfg.)
am Dienstag,
dem 4. März 1913
vormittags von 8 Uhr ab
an der
Holstenbrücke,
Eutiner Brücke,
Mühlentorbrücke
und Hüxtertorbrücke.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

D. T. V.
Vorstands-Sitzung
am Dienstag, dem 4. März
abends 8½ Uhr
1592) Der Vorstand.
NB. Mitgliedsbücher 2c. sind mitzubringen.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen sprechen wir hiermit allen, die uns ihre Teilnahme erwiesen, unsern herzlichsten Dank aus.
Johann Fick und Familie.
Lübeck, März 1913. (1590

Junge Frau sucht nachmittags oder abends Beschäftigung. Angebote unter B 50 an die Expedition dieses Blattes. (1581

Ein freundl. Logis
zu vermieten.
1582) Wallhalbinsel 58, I.

Gesucht zum 1. April eine Drei-Stuben-Wohnung. Preis 300 Mk. Angebote unter J M an die Expedition dieses Blattes. (1573

Eine zerlegbare Kinderbettstelle, ein Sportwagen mit Gummireifen u. eine Wiener Harmonika zu verk.
1583) Nevius, Moisling.

Guterh. Vertiko zu kauf. ges.
Angebote mit Preis unter E R an die Expedition dies. Blattes. (1580

Guterhalt. Kinderklappwagen
zu kaufen gesucht. Angebote unter H W an die Exped. d. Bl. (1576

1 hölzerne Kinder[illegible]stelle
mit Matratze zu verkaufen. Preis 4 Mk. (1575) Sagebiehr. 29, III.

Ein kleines Haus mit zwei Drei-Zimmer-Wohnungen vor dem Holstentor zu kaufen gesucht. Angebote unter L U an die Exp. d. Bl. (1574

Sehr guter Gehrockanzug
[illegible] zu verkaufen. (1572
[illegible]straße 25, I (Eing. Reisenstr.

Sofa und Stühle, 2 Bettstellen, Spiegel mit Konsol und Küchenschrank billig zu verkaufen.
1589) Strandstraße 8, part.

Ein guterhalt. Sportwagen
mit Gummireifen zu verkaufen.
1588) Bei St. Johannis 24, I.

„Die Neue Welt", guterhalten, 5 Jahrgänge von 1908—13, zu verkaufen. (1594) Dünkenhagen 30, p.

50 schicke Damen-Masken-Kost. billig zu vermieten. (1019
Breite Straße 24, part. Flügel.

Wilhelm Wigger, Friseur
Rebenhofstraße 8. (1585
Empfehle mich allen meinen Freunden und Bekannten. Aufmerksamste sauberste Bedienung.

Weißkohl, sehr fest, Pfd. 3 und 4 Pfg., 100 Pfd. 2,75 Mk. (1586
Genossenschaftsbrot, täglich frisch, 4 Prozent Rabatt.
Königstraße 48a.

Angelgeräte in großer Auswahl empfiehlt
R. Kößling, Seilerwaren
1579) Königstraße 121.

Händler und Hausierer
können hier am Orte stets billige Schuhcreme kaufen.
Angebote unter M S 33 an die Expedition dieses Blattes. (1571

Suche Herren-Wäsche
zu waschen. (1588) Pelzerstr. 6.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe"
Fr. Barby
Hüxstr. 117. Tel. 816.
Uebernahme von Erd- und Feuerbestattungen.
Ueberführungen von u. nach auswärts. (1344

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

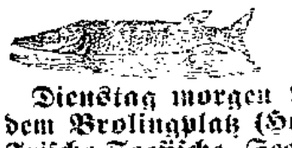
Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. Otto Albers Kohlmarkt 10.
1 A. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an, Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
(62) Rote Lubeca-Marken.

Die Fraktionsbilder
der
sozialdem. Reichstagsabgeordneten von 1912
sind jetzt wieder vorrätig, die Besteller können dieselben in Empfang nehmen.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Weh dem, der lügt.
Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins sind Bücher à 20 Pfg. bei uns zu haben.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zur Konfirmation
empfehlen
Gesangbücher und Glückwunschkarten
in großer Auswahl.
Unsere Kolporteure führen letztere mit und können von denselben auch bezogen werden.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Charles Dickens' ausgewählte Werke
in 2 Bände gebunden, enthaltend die Erzählungen: Oliver Twist, Nikolaus Nickleby, Klein Derrit und verschiedene andere sind wieder vorrätig. Preis 3 Mk.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.


Achtung!
Dienstag morgen verkaufe auf dem Brolingplatz (Holstentor): Frische Seefische, Seelachs, Pfund 25 Pfg., Rotbarsch, Pfd. 30 Pfg., Kabeljau, Pfd. 25 Pfg., Fischkarbonade, Pfd. 50 Pfg., Dorsch, Goldbutt, Heringe, billigst. (1584
Emilie Boy, Königstraße 61.
Markthallenstand 46.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. 1.55 Mk. (1587

Allgemeine freiwillige Kranken- u. Sterbekasse in Stockelsdorf.
General-Versammlung
am Sonntag, dem 9. März
nachmittags 3 Uhr
im Lokale des Herrn L. Paetau
in Fackenburg.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresrechnung.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Wahlen nach § 16. 17 und 19 der Satzung.
4. Satzungsänderungen.
5. Verschiedenes.
1595) Der Vorstand.

Hansa-Theater.
8½ Uhr. 8½ Uhr.
Ab Sonnabend, 1. März:
Das urkomische März-Programm:
Barella
mit dem Menschenaffen Adam.
Läpp & Hobel,
die besten Parodisten der Welt.
Suiger Comp.,
amerikanische Exzentriks.
Albert Hammer,
Humorist,
plattdeutsches Unikum
etc. etc. etc.
Noch nie gesehen, zum totlachen.
Vorzugskarten gültig. (1591
Ab 11 Uhr: Kabarett.
Auftreten neuer Kräfte.
Frl. Weranow, Toledo. Sanden, Kingel, Tonia usw.
Stimmung — Humor — Geist.
Konferenzier: Herr Hammer.
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 4. März 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¾ Uhr.
142. V. i. Voll-A. 23. V. i. Dienstag-A.
Margarethe (Faust).
Oper von Gounod.
Große Preise. (1578
Mittwoch, den 5. März 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10½ Uhr.
Außer Abonnement. Kleine Preise.
Autoliebchen.
Burleske Operette von Jean Gilbert.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 52. Montag, den 3. März 1913. 20. Jahrg.

Ein Parteijubiläum.

Von Fr. Mehring.

Am 1. März vollendete sich ein halbes Jahrhundert, seitdem Ferdinand Lassalle den Geburtsschein der deutschen Sozialdemokratie unterzeichnete. „Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie! Mit Gruß und Handschlag F. Lassalle. Berlin, 1. März 1863." So schließt das Offene Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig.

Seitdem dies Heftchen von wenigen Druckbogen in die Welt flog, gibt es eine deutsche Sozialdemokratie. Nicht mit dem so lärmenden wie leeren Festgepränge, worin sich heute die Nachkommen jener Fürsten und Junker gefallen, die vor hundert Jahren den Heldenkampf der Massen mit beispiellosem Undank belohnt haben, feiern wir zum fünfzigsten Male unser Wiegenfest. Aber dankbar erinnern wir uns des Mannes, dessen flammendes Wort die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland entzündete; und der kleinen Schar, deren treue Herzen ein empfänglicher Boden der Feuersaat waren.

Allein nicht minder dankbar erinnern wir uns der Männer, die der geschichtlichen Tat Lassalles die Wege gebahnt haben. Es ist wahr, daß Marx und Engels das Offene Antwortschreiben und die anderen Flugschriften, die die deutsche Arbeiterklasse so mächtig aufrüttelten, mit verächtlicher Handbewegung beiseite geschoben haben, als Sextanerprosa, mit deren bloßer Lesung sie nicht einmal ihre Zeit verderben mochten. Jedoch es ist nicht minder wahr, daß sie damit nur ihrem eigenen Ruhm das Licht vertraten. Ohne ihre glorreiche Vorarbeit in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hätte Lassalle nicht vollbringen können, was er vollbracht hat. Ohne das Kommunistische Manifest wäre das Offene Antwortschreiben, ohne den Bund der Kommunisten wäre der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein unmöglich gewesen.

An der Lehre und dem Vorbild der älteren Freunde hatte sich Lassalle herangebildet, und so mag ihm von allem Schmerzlichen, was er in seinem letzten Lebensjahre erfahren mußte, am schmerzlichsten gewesen sein, daß sie die kühne Tat verkannten, durch die er sich als ebenbürtiger Meister neben sie stellte. Aber die Nachwelt hat sein prophetisches Wort eingelöst und ihm sein Recht gegeben. Lassalle hat oft geirrt, aber nicht weniger oft haben Marx und Engels geirrt, und der größte Irrtum ihres Lebens ist gewesen, daß sie das historische Werk Lassalles so gänzlich verkannt haben.

Sollen wir uns durch diese Erinnerung den fünfzigsten Geburtstag des Offenen Antwortschreibens trüben lassen? Wir wären nicht würdig, uns die Jünger solcher Meister zu nennen, wenn wir es täten. Lessing, den Lassalle gelegentlich einen echten Nachfahren Luthers genannt hat, schreibt einmal: „Lutherus stehet bei mir in solcher Verehrung, daß es mir, alles wohl überlegt, recht lieb ist, einige kleine Mängel an ihm entdeckt zu haben, weil ich in der Tat der Gefahr so nahe war, ihn zu vergöttern. Die Spuren der Menschheit, die ich an ihm finde, sind mir so kostbar als die blendendste seiner Vollkommenheiten. Sie sind sogar für mich lehrreicher als alle diese zusammengenommen." In gleichem Sinne dürfen wir sagen, daß die herbe und oft so ungerechte Kritik, die Marx und Engels an Lassalle geübt haben, für uns eine Quelle reicher Belehrung geworden ist. Indem sie das Lassalle-Pfaffentum vernichtete, baut sie zugleich die sicherste Schutzwehr auf gegen ein Marx-Pfaffentum.

Das Offene Antwortschreiben weht heute nicht mehr als Fahne dem kämpfenden Millionenherr des deutschen Proletariats vorauf. In allen Einzelheiten ist es überholt, und auch das Zeichen, von dem Lassalle in den Schlußworten sagte, daß es „kein anderes" für die Arbeiterklasse gebe, sehen wir heute mit anderen Augen an als Lassalle. Zwar hat er auch darin recht behalten, daß er das allgemeine Wahlrecht als proletarische Waffe viel höher einschätzte als Marx und Engels, die im Hinblick auf die Erfahrungen des zweiten Kaiserreichs nicht gar viel davon wissen wollten. Auch bildete er sich nicht ein, daß je auf parlamentarischem Wege allein die Arbeiterklasse befreit werden könne; er pflegte seinen Anhängern zu sagen: Wenn ich vom allgemeinen Stimmrecht spreche, so müßt Ihr immer Revolution darunter verstehen. Aber es gibt noch „andere Zeichen", unter denen die deutsche Arbeiterklasse kämpft und siegen wird: so die Gewerkschaften, denen das Offene Antwortschreiben nach seinem ganzen Gedankengang den Weg versperrte.

Als zerschossenes Banner hängt es in der Ruhmeshalle der deutschen Arbeiterklasse, ein Zeuge rühmlicher Kämpfe und Siege. Und indem wir es an seinem fünfzigsten Geburtstag grüßen, huldigen wir zugleich den drei führenden Geistern der deutschen Sozialdemokratie.

(„Neue Zeit.")

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 1. März.

123. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Tirpitz.

Die zweite Beratung des Marineetats.

Vogtherr (SD.): Die Budgetkommission hat den Staatssekretär des Marineamts sowie den des Auswärtigen Amts gebeten, sich über das Verhältnis Deutschlands zu England zu äußern. Was der Staatssekretär sagte, war keineswegs so welterschütternd, als die bürgerliche Presse es darzustellen suchte, es ging nicht über das hinaus, was jeder wissen konnte, der mit offenen Augen die Rüstungen verfolgt. Daß ein Stillstand in den Rüstungen eintreten soll, davon kann selbstverständlich keine Rede sein; das Verhältnis 10 zu 16, das der Staatssekretär als das annehmbare bezeichnete, ist bereits das, in dem wir jetzt leben, und der Staatssekretär will sich damit begnügen. Für die Zukunft und für einen anderen Staatssekretär darf man daraus keine Schlüsse ziehen. Herr v. Tirpitz hat nur erklärt, vorläufig sei eine neue Marinevorlage nicht zu erwarten, von einem Stillstand der Rüstungen an sich hat er nicht gesprochen; das Verhältnis von 10 zu 16 ermöglicht sowohl in England wie in Deutschland noch eine unbegrenzte Steigerung der Rüstungsausgaben. Ich möchte auf das bestimmteste erklären, daß für meine Parteifreunde dieses Verhältnis noch bei weitem kein Ideal bedeutet, sondern daß wir nach wie vor auf der Forderung bestehen, zu einer beiderseitigen Abrüstung zu gelangen. (Sehr richtig b. d. Soz.) Wenn die Aeußerung des Staatssekretärs einen nachhaltigen Wert haben sollte, so könnte man zunächst eine gewisse Verständigung mit England anbahnen und in weiterer Folge zu Verständigungen kommen, die zu einer Abrüstung führen könnten. (Sehr richtig!) Wir haben aber nicht das Vertrauen, so wenig wie England es hat, daß man bei uns den Rüstungseifer zu Wasser und zu Lande aufgeben wird. Wenn bei Herrn v. Tirpitz augenblicklich nicht die Absicht einer Vermehrung der Flotte besteht, so gibt das für später und für einen anderen Staatssekretär durchaus keine Gewähr. Zu einer Gesundung der Rüstungs- und damit auch der Finanzverhältnisse kann es aber nur kommen auf Grund von Vereinbarungen über die Abrüstung. Auch im vorigen Jahre hat Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, zum Schutz unserer Kolonien sei es nicht erforderlich, daß die deutsche Flotte so groß sei wie die der größten Seemacht; das wäre nur nötig, wenn man aggressiv sein wollte. Nebenbei bemerkt würde er dies Ziel nicht erreichen können, selbst wenn man das Volk bis aufs Blut auspreßt, bei solcher Aussaugung der wirtschaftlichen Kräfte des Volkes würde nichts übrig bleiben, was zu schützen ist, übrig blieb nur ein Torso unserer Industrie, unserer Kolonialstellung, unserer wirtschaftlichen Stellung, die man anstatt zu sichern durch solche Steigerung der Rüstungen mehr und mehr dem Abgrund zuführt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mit der Erklärung, eine neue Flottenvorlage sei nicht zu erwarten, will man das deutsche Volk nur ein wenig verschnaufen lassen, denn das allgemeine Rüstungsfieber ist bei der Regierung und den bürgerlichen Parteien noch lange nicht beseitigt. Schwebt doch gerade jetzt, wo nach der bürgerlichen Presse die Erklärungen der beiden Staatssekretäre eine Aera des Stillstandes der Flottenrüstungen einleiten sollen, die Forderung von 20 Millionen für eine Luftflotte über uns und eine Heeresvorlage, die dauernde Ausgaben von 200 Millionen Mark und einmalige Ausgaben in Höhe von einer Milliarde erfordert. Das bedeutet neue Rüstungen, die zu einer vollständigen Entkräftung aller Völker führen müssen, die sich an diesem wahnsinnigen Wettrüsten beteiligen. Dazu kommt, daß die Schiffsbauten immer teurer werden. Ein großer Kreuzer kostete 1900 15 Millionen, jetzt bereits 44, ein kleiner kostet 8½ Millionen gegen 3½ im Jahre 1900, ein Linienschiff 47½ Millionen gegen 24. Dazu kommen die Steigerungen der Kosten für die Aufrechterhaltung der Marine, die 1905 26½ Millionen erforderten, 1911 50 Millionen und 1913 bereits 57 Millionen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Im Gegensatz zu den Erklärungen des englischen Premierministers Asquith erklärte Herr v. Tirpitz, ihm sei von einer Bereitwilligkeit Englands, in Verhandlungen über die Marinerüstungen einzutreten, nichts bekannt. Wie verträgt sich das mit den Aeußerungen des Reichskanzlers Fürsten Bülow, daß die Anbahnung einer solchen Verständigung keinen Erfolg verspräche und mit den Ausführungen des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, der sich im März 1911 geradezu lustig machte über dergleichen Phantasien und der meinte, die finanziellen Kräfte entscheiden, wieviel und wie lange weiter gerüstet werde. Dann würden wir übrigens England gegenüber immer im Rückstand bleiben, denn England ist kapitalkräftiger und dort zahlen auch die Besitzenden Steuern. Bei uns aber haben die Besitzenden die Meinung, Steuern sind schlimmer als der Mangel an Wehrhaftigkeit. Meinen Freunden verdenkt man diesen Standpunkt als unpatriotisch. Wir haben aber einen Bundesgenossen, den Herrn Dr. Oertel, der im Bund der Landwirte sagte: „Man soll sich hüten, Dinge vorzulegen, die wir nicht machen können, weil es gegen unsere Ehre geht", — gemeint ist gegen unseren Geldbeutel! (Sehr gut! b. d. Soz.) — „weil gewisse Steuern uns mehr schaden als nützen würden; Steuern, die den Bestand der Familie, die den Bestand des Reiches gefährden, sind schlimmer, als ein Mangel an Wehrhaftigkeit". (Abg. Dr. Oertel: Sehr richtig!) Sie, Herr Oertel, halten eben andere Steuern als vernünftig, wie wir; Steuern, die die Familie treffen, nennen Sie die Steuern, die den Besitz und das große Kapital treffen. Da können Sie sehen, welch eine schwarze Seele hinter ihrer heuchlerisch weißen Weste wohnt. (Hitt. Präsident Kämpf ruft den Redner für diese Beleidigung eines Abgeordneten zur Ordnung.) Dieses Wort von Herrn Oertel sich einzuprägen, wird von großem Nutzen sein. Man muß sich merken, daß bei Herrn Oertel und seinen Freunden die Lust zu Rüstungen nicht so groß ist, wie das Bestreben, sich auch ferner möglichst von direkten Reichssteuern zu drücken, daß sie bereit sind, die

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(23. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Thießen ging eiligst fort, da er fürchtete, daß seine Entrüstung über solche Frivolität größer werden könnte, als seine Dankbarkeit, und als er so rasch vorwärts schritt, bedauerte er, daß das Mißtrauen, welches jungen Leuten unter solchen Umständen eigentümlich ist, ihn daran gehindert hatte, seinem Vater von seinen Gefühlen für Fräulein Schümann Kenntnis zu geben.

Die Idee, aus der gezwungenen Abwesenheit des Kapitäns Nutzen zu ziehen, war auch anderen Leuten außer Ernst Thießen gekommen. Dr. Seemke, für den der Kaptiän, trotzdem dessen Stimmung zu seinen Gunsten war, teilweise ein lästiger Dritter gewesen war, nahm seinen Vorteil bestens wahr; und auch Frau Löbel hielt es für eine wundervolle Gelegenheit, einen ersten Besuch zu machen. Herr Löbel, der sie in dieser Sache nicht ins Vertrauen gezogen hatte, protestierte vergebens. Die Dame war entschlossen, und fand überdies warme Unterstützung durch ihre Tochter.

„Ich weiß, was ich tue, Daniel," sagte sie zu ihrem Mann.

Herr Löbel zweifelte daran, hielt aber den Mund; und die Einwendungen von Max Schümann, der zu seinem Unbehagen entdeckte, daß er mit von der Partie sein sollte, wurden als zu unwichtig angesehen, um ernsthafte Erwägungen zu verdienen.

Sie gingen fort, kurz nachdem Ernst Thießen sein Kontor verlassen hatte, trotzdem Frau Löbel, welche an Asthma litt, unsägliche Qualen in einem schwarzen Satinkleide erduldete, welches ursprünglich für eine viel kleinere Frau gemacht worden und im Geschäftswege in den Besitz ihres Mannes gekommen war. In den ihrigen kam es auf eine Art und Weise, welche der beraubte Herr Löbel als außerordentlich ungeschäftsmäßig ansah, und er gewahrte daher ihre Unbehaglichkeit nicht ohne eine gewisse Genugtuung, als die Gesellschaft aufbrach.

Herr Schümann war durchaus nicht glücklich. Frau Löbel in der gemütlichen Abgeschlossenheit des hinteren Wohnzimmers war eine Sache; Frau Löbel in schwarzem, zu seiner höchsten Spannung beanspruchten Satin und einem kreisförmigen Hut mit schwarzen Straußenfedern, die im Winde nickten, war wieder eine ganz andere. Er fühlte, daß das Auge der Oeffentlichkeit auf ihnen ruhte — und daß es dabei zwinkerte. Sein Blick wanderte von der Mutter zu der Tochter.

„Warum starrst Du mich so an?" fragte Fräulein Löbel schnippisch.

„Ich dachte eben, wie gut Du aussiehst," war die Antwort.

Fräulein Löbel lächelte. Sie hatte einige gewagte Farben angelegt, aber sie war von etwas keckem Aeußern, und sie standen ihr ziemlich gut.

„Wenn ich die Frau vor mir hätte, die dieses Kleid gemacht hat," keuchte Frau Löbel, während sie mit den Händen in den Seiten stillstand, „würde ich ihr mal meine Meinung sagen!"

„Ich sah Dich nie in einem andern Kleide so gut aussehen, Mama," meinte ihre Tochter.

Frau Löbel lächelte schwach und setzte ihre Pilgerfahrt fort. Ernst Thießen, der rasch hinter ihnen herankam, nahm sich zusammen, um sein belustigtes Gesicht nicht zu zeigen, und ging auf den Fahrdamm, um vorbeizukommen.

„Halloh, Thießen," rief Schümann. „Nach Hause?"

„Ich will Deine Schwester besuchen," antwortete Thießen mit einer Verbeugung.

„Beim Jupiter! Das wollen wir auch gerade," entgegnete Schümann, dem es eine Erleichterung war, einen Freund in der Not zu finden. „Wir wollen zusammen gehen. Kennst Du Frau und Fräulein Löbel? Das ist Frau Löbel."

Frau Löbel sprach: „Red' keinen Unsinn!" und beantwortete die Vorstellung mit einer so tiefen Verbeugung, als der schwarze Satin gestattete, und bevor der verwirrte Ernst Thießen noch wußte, wie ihm geschah, führte er mit Frau Löbel den Zug, während das junge Volk wie Frau Löbel es nannte, hinter ihnen nachfolgte.

„Wir sehen nicht nach Euch hin," sagte sie schelmisch über ihre Schulter zu ihnen.

„Und wir versuchen, unsere Augen vor Eurem Tun zu verschließen," gab Max Schümann zurück.

Frau Löbel blieb stehen und langte mit einer halben Wendung spielerisch mit dem Regenschirm nach ihm. Diese Bewegung, in Verbindung mit dem Scherz raubten ihr den Rest ihres Atems und keuchend hielt sie inne.

„Ich glaube, Du würdest gut tun, Thießens Arm zu nehmen," riet Schümann mit gut gespielter Besorgnis.

„Es ist mein Atem," erklärte Frau Löbel, und wandte sich an den wütenden jungen Mann an ihrer Seite. „Ich kann deswegen kaum vorwärts kommen — ich bin Ihnen sicherlich sehr verbunden."

Mit einem vergeblichen Versuch, Max Schümanns Blicke aufzufangen, ergab sich Herr Thießen in sein Schicksal, und mit seiner holden Bürde am Aum spazierte er mit peinlicher Langsamkeit der Schümannschen Villa zu. Eine gemeine Stimme, die seine Gefährtin über die Straße hinweg mit „Mutter Löbel" anredete, riet ihr, ihren Begleiter nicht zu zerdrücken, und ein kluger Junge, den sie trafen, beteuerte laut seine feste Absicht, direkt hinzugehen, und es Herrn Löbel zu erzählen.

Als sie so das Haus erreichten, bekam Herr Thießen Ansichten über Totschlag, die ihm noch eine halbe Stunde vorher unmöglich erschienen wären. Er wurde purpurrot, als er das erstaunte Gesicht von Käthe Schümann am Fenster erblickte, und als er am Gartentor stehen blieb, um auf die andern zu warten, entdeckte er, daß sie verschwunden waren. Eine tiefeingewurzelte Abneigung vor Szenen aller Art, in Verbindung mit einem scharfen Blick über das Lächerliche, hatten Max Schümann bestimmt, Amelia einen netten Spaziergang vorzuschlagen und erst später auf der Bildfläche zu erscheinen.

„Wir wollen nicht auf sie warten," meinte Frau Löbel mit Bestimmtheit, „wenn ich nicht bald zum Hinsetzen komme, werde ich umfallen."

Immer sich noch an den widerstrebenden Thießen klammernd, schritt sie den Gartenweg entlang. Weiter hinten im Dunkel des Zimmers sah dieser unglückliche junge Mann die Gesichter von Dr. Seemke und Frau König.

„Na, wie geht es Ihnen, Bella?" fragte Frau Löbel mit gütiger Herablassung, „ist Frau König zu Hause?"

Sie nahm damit ihren Weg an der erstaunten Bella vorbei und trat, gefolgt von Herrn Thießen, in das Zimmer, woselbst sich Frau König, einen roten Fleck auf jeder Wange, erhob, um sie zu empfangen.

„Ich wäre schon früher gekommen," erklärte Frau Löbel, und sank dankbar in einen Stuhl, „aber ich bin so schlecht zu Fuß. Ich hoffe, Sie befinden sich wohl?"

„Danke, es geht uns sehr gut," sagte Frau König steif.

„Das ist recht," meinte die Besucherin herzlich. „Gesundheit ist ein wahrer Segen. Ich möchte wohl wissen, was wir ohne dieselbe machen sollten."

Sie lehnte sich in ihren Stuhl zurück und schüttelte ihren Kopf über eine solche Aussicht. Es entstand ein peinliches Schweigen, und an dem beleidigten Blick von Fräulein Schümann erkannte Herr Thießen nur zu klar, daß er für dieses Erscheinen des unwillkommenen Besuchs verantwortlich gemacht wurde.

„Ich war auf dem Wege, um Sie aufzusuchen," sagte er, indem er von seinem Stuhl aufstand und sich einen anderen, ihr näher stehenden nahm, „und traf unterwegs Ihren Bruder, der mich Frau Löbel und ihrer Tochter vorstellte und meinte, daß wir zusammen herkommen sollten."

Fräulein Schümann nahm die Erklärung mit einer höflichen Verbeugung entgegen und begann dann aufs neue ihre

Wehrhaftigkeit des Landes zu vermindern, anstatt ihre Steuerlast zu vergrößern. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat in der Kommission erklärt, der intime Gedankenaustausch mit England habe mit dazu beigetragen. Schwierigkeiten aller Art zu heben, wir haben jetzt gesehen, daß wir nicht nur Berührungspunkte sentimentaler Art mit England haben, sondern auch gleiche Interessen. (Htkt.! b. d. Soz.) Also bis jetzt hat die deutsche Diplomatie das nicht gewußt. (Htkt.) Wir haben immer gewußt, daß uns schwerwiegende Interessen mit England verbinden und bedurften dazu keines „intimen diplomatischen Gedankenaustausches". Wir haben auch nicht nur Interessen der auswärtigen Politik und des Großkapitals mit England gemein, sondern vor allem die Interessen des Volkes, und eine Verständigung mit England würde den Interessen beider Völker und der ganzen zivilisierten Welt dienen. Natürlich denken wir dabei nicht an eine Erweiterung der Kolonialpolitik, wir wissen, daß das Gefühl der Eifersucht den breiten Massen beider Völker fremd ist. Wir wissen, daß Englands und Deutschlands Handel und Industrie Hand in Hand gehen. Dasselbe gilt auch von Deutschland und Frankreich. Auch hier sollte der Wert und die Wucht der wirklichen gemeinschaftlichen Interessen mehr als bisher in den Vordergrund gestellt werden, dann würden die Chauvinisten in Frankreich, England und Deutschland sich wohl hüten, diese Kulturinteressen weiter aufs Spiel zu setzen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nach dem letzten Statistischen Jahrbuch beträgt die Ausfuhr von England und seinen Kolonien nach Deutschland 1762 Millionen, die Einfuhr dorthin aus Deutschland 1375 Millionen. Die Engländer wären also schlechte Geschäftsleute, wenn sie sich leichtfertig eines solchen Absatzgebietes berauben würden. Und ebenso wäre es ein Aberwitz von Deutschland, wenn wir um der Rüstungswut willen unsere Handelsbeziehungen zu England leiden ließen. Im übrigen ist die Zeit vorüber, wo die Kriege durch die Kabinette gemacht werden, heute ist es der Wille der Völker, der den besten Friedensschutz bietet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nach den Anschauungen der systematischen Flottenhetzer im Flottenverein ist der Staatssekretär v. Tirpitz allerdings hinreichend verdächtig, nicht genug für unsere Rüstung zu tun. Nach Ansicht dieser Kreise hat er bisher nichts als eine Luxusflotte gebaut. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wie kann man die Wahrheit mehr auf den Kopf stellen! Besonders tritt der Großadmiral v. Köster bei diesen Treibereien in den Vordergrund. Aber im Flottenverein wird nicht bloß gehetzt gegen unsere angeblich unzureichende Flotte, sondern auch gegen das Ausland, insbesondere gegen England. Der Staatssekretär hatte im Anschluß an seine Schilderung der politischen Lage erklärt: Dieser Beginn der Verständigung mit England sei eine sehr zarte Pflanze, die man recht schonend behandeln müsse. Wir haben Ihnen damals schon gesagt, er möge seine Warnung an eine andere Seite richten. Ich erinnere daran, daß im Dezember v. Js. nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatts" der Kapitän zur See a. D. Frhr. v. Meerscheidt-Hüllessem im Flottenverein einen Vortrag gehalten hat, worin er wörtlich sagte: „England ist der stete Friedensstörer, die englische Bulldogge braucht einen Maulkorb". (Hört, hört! b. d. Soz.) So wird diese zarte Pflanze von denen behandelt, die sich anmaßen, uns Belehrungen darüber zu erteilen, wie wir das Verhältnis zum Ausland behandeln sollen. (Sehr gut! bei den Soz.) Dieselben Kreise, die bereit sind, Millionen und Milliarden für neue Rüstungsausgaben zu bewilligen, machen sich nicht das geringste Kopfzerbrechen, auf welche Weise einmal die Kostendeckung erfolgen soll. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Zu diesen professionellen Flottentreibern kommt dann noch die kleine Gruppe der an den Rüstungen interessierten Industrie und des beteiligten Großkapitals. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Weizen der Armelieferanten, der Schiffsbauwerften, der Kanonen- und Munitionsfabriken blüht, solange in der Weise gegen alle Vernunft gehetzt und gerüstet wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Von Jahr zu Jahr wird Deutschland von den Panzerplatten- und Geschützlieferanten auf das schamloseste übers Ohr gehauen. (Hört, hört!) Diese Industriellen sind international im verwegensten Sinne des Wortes. 1912 wurden aus Deutschland 18 719 Doppelzentner Feuerwaffen ins Ausland ausgeführt, doppelt so viel als im Jahre vorher, an Sprengstoff, Schießbedarf und Zündwaren 212 659 Doppelzentner im Werte von 64½ Millionen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der diesjährige Etat ist mit Neubauten wieder schwer belastet. Da ist es um so unverantwortlicher, ihn noch mit einer Ausgabe von 5 Millionen als erste Rate zum Bau eines Ersatzschiffes für das Kaiserschiff Hohenzollern zu belasten, das vorläufig auf 16 Millionen veranschlagt ist. Graf Westarp hat in der Kommission gegen die Kritik, insbesondere mein Freund Ledebour an dieser Forderung geübt hat, ein Bombardement sittlicher Entrüstung eröffnet. Ich möchte ihm das öffentlich attestieren, es wird ihm vielleicht von Nutzen sein. Für uns handelt es sich um die Frage, ob dies Schiff überhaupt nötig ist, und diese Frage verneinen wir selbst nach der Begründung, die der Staatssekretär dieser Forderung gab, wonach der Kaiser sein eigenes Schiff zu verlangen habe, als oberster Kommandierender der Flotte. Erfahrungsgemäß dient aber dieses Schiff diesem Zwecke am allerwenigsten, in der Hauptsache ist es ein Luxus- und Spazierreiseschiff für höchst persönliche Zwecke (Sehr wahr! bei den Soz.), die mit den Interessen der Marine in gar keiner Beziehung mehr stehen. Daher sollte dem Kaiser begreiflich gemacht werden, daß wenn er Bedarf nach einem solchen Schiff hat, er doch die Einsicht haben müßte, daß in der Not der Zeit alles gespart werden müsse, um dem Volke, daß sowieso schon bedrängt und bedrückt genug ist, nicht auch noch diese Last aufzuerlegen. Es ist nicht eine Forderung antimonarchischer Art, sondern eine Forderung der Gerechtigkeit und Vernunft, daß wenn der Kaiser den Wunsch hat, auch ferner ein solches Schiff zu benutzen, und wenn er das alte nicht auf seine Kosten reparieren lassen will, er sich freundlichst ein neues aus seiner eigenen Tasche bezahlen möge. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Herren von den Liberalen bis zu den Konservativen brauchen deshalb noch gar nicht an eine neue Erhöhung der Zivilliste zu denken. Wenn auch der Pettkuser Roggen inzwischen seine Originalität verloren hat, so findet sich vielleicht das boss indicus maior bereit, die Kosten zu decken. (Große Heiterkeit.) In derselben Zeit, wo das Volk durch seine Steuerleistungen das ganze Maß der Rüstungen zu tragen hat, haben wir darüber zu klagen, daß die Kreise des arbeitenden Volkes, die der Marine am nächsten stehen, nicht die Wertschätzung erfahren, die sie zu verlangen haben, daß die Marineverwaltung eine wissentliche Beschränkung ihres Petitionsrechts vorgenommen hat. Alle Kollektivpetitionen sind verboten, und als solche sollen sogar Petitionen betrachtet werden, die, wenn auch von ganz verschiedenen Stellen ausgehend, zufällig dasselbe Ziel im Auge haben. (Hört, hört!) Ferner haben wir erlebt, daß der Staatssekretär nach berühmten Mustern durch seine Unterbeamten auf die Arbeiter ein wachsames Auge hat, die im Geruch sozialdemokratischer Gesinnung stehen. Dies Verfahren ist importiert aus Preußen. Es ist aber ein Kampf gegen Windmühlenflügel. Was wollte die Marineverwaltung machen ohne die Sozialdemokraten in ihren Betrieben? (Sehr wahr! bei den Soz.) Mindestens 90 Prozent aller Werftarbeiter und ein großer Prozentsatz der Schiffsbesatzung gehört der Sozialdemokratie an. Gewiß soll politische Propaganda innerhalb des Betriebes nicht ausgeübt werden, aber damit hat die Marineverwaltung noch lange nicht das Recht, sich darum zu kümmern, ob ihre Arbeiter außerhalb des Betriebes sich für eine politische Gesinnung betätigen. Der Staatssekretär sagt, wir fragen keinen Menschen nach seiner politischen Gesinnung. Das wäre auch noch schöner. Aber die Art, wie jetzt vorgegangen wird, mutet uns eben preußisch an. Jede preußische Schlamperei erwirbt sich Bürgerrecht in der Marine.

Präsident Kämpf: Wegen dieser Preußen beleidigenden Aeußerung rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Vogtherr (fortfahrend): Diese Art der Zurück-Verfolgung der Arbeiter ist nicht nur wenig nobel und anständig, sondern auch verfassungswidrig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Von denselben Arbeitern, die man so drangsaliert, verlangt man dann noch Flottenbegeisterung. Der englische Minister Gray hat sehr richtig gesagt, die Folge des Wettrüstens könne auf die Dauer nur sein: Teuerung, Hungersnot, Revolution oder der Krieg. Wir Sozialdemokraten werden in allen Ländern dafür sorgen, daß der gemeinsame Widerstand gegen diesen Rüstungswahnsinn immer größer und die Friedensbestrebungen immer stärker werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Erzberger (Z.): Der Vorredner hat es so dargestellt, als ob Deutschland alle Welt zum Rüstungswahnsinn aufpeitsche. Das ist ganz unhaltbar, selbst der „Vorwärts" hat in seinen Londoner Korrespondenzen bewiesen, daß Deutschland nur dem Beispiel Englands folgt. Die Hauptaufgabe unserer Marine wird in Zukunft die Förderung des Flugschiff- und Flugzeugbaues sein. Sehr erfreulich ist auch die schnelle Vollendung der Befestigungen von Helgoland. Unübertrefflich ist die Bepanzerung unserer Schiffe, aber auch fabelhaft teuer. Man muß sie zu verbilligen suchen, sonst könnte die Frage auftauchen, ob nicht der Staat eine eigene Panzerplatten- und Kanonenfabrik errichten wollte. Aber auf jeden Fall lieber keine Flotte, als eine halbwegs veraltete; das wäre in der Tat eine Luxusflotte, von der der Vorredner sprach. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Flotte braucht auch ein gut ausgebildetes Material. Die in der Tafelgelderfrage erfolgte Lösung begrüßen wir, in Zukunft werden danach Tafelgelder zu Unrecht an Offiziere nicht mehr ausgezahlt werden. Die Resolutionen der Kommission auf Verbesserung der Stellung der Deckoffiziere und auf Einführung der zweijährigen Dienstzeit für die Marineinfanterie und Matrosenartillerie sind vom Zentrum beantragt worden, wir werden für sie eintreten. Solange es eine Zentrumsfraktion gibt — und die wird es geben, solange das Deutsche Reich besteht (Oho! links), solange werden wir auch für das Bestehen einer großen, achtunggebietenden Flotte sorgen. (Bravo! im Zentr.) In finanzieller Hinsicht ist es sehr erfreulich, daß die Zuschußanleihe für den Bau von Schiffen heruntergegangen ist. Hoffentlich kommen wir in wenigen Jahren dazu, die Schiffe ganz auf Kosten der gegenwärtigen Generation und ohne Anleihe zu bauen. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz: Auf Herrn Vogtherrs Ausführungen über die „Hohenzollern" kann ich nur wiederholen, was ich schon in der Kommission gesagt habe, die „Hohenzollern" ist kein Luxusschiff, sondern notwendig für die präsentativen und dienstlichen Zwecke des deutschen Kaisers. (Zustimmung bei den bürgerl. Parteien, Zuruf bei den Soz.: Für seine persönlichen Zwecke!) Redner verbreitet sich dann über die Einkäufe der Marineverwaltung und versichert, die Verwaltung werde sich stets angelegen sein lassen, aus einer Mark einen Taler zu machen. (Heiterkeit.) Speziell bei den Panzerplatten habe die Verwaltung den Preis schon sehr erheblich herabgedrückt. In bezug auf die zweijährige Dienstzeit bin ich ganz anderer Meinung als Herr Erzberger. Gerade weil unsere Flotte so wie sie besteht, nur durch das Zentrum besteht, ist es peinlich, daß vom Zentrum ein Antrag in der Richtung einer Schädigung der Marine kommt. Jedenfalls ist die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Marineinfanterie und der Matrosenartillerie ganz unmöglich.

Dr. Paasche (NL.): Auch wir sogenannten Flottenpatrioten haben nienmals eine Angriffsflotte bauen wollen. Wir brauchen eine Flotte, denn Deutschland ist nicht mehr bloß Landmacht. Wir freuen uns, daß wir die Flotte so zielbewußt ausgebaut haben. Sehr erfreulich sind die patriotischen Töne, die Herr Erzberger angeschlagen hat, umso erfreulicher, als man nach der Haltung des Zentrums in der Kommission, wo der Staatssekretär sogar mit seinem Rücktritt drohte, eine ganz andere Haltung befürchten mußte. In bezug auf Material und Personal können wir mit Stolz auf unsere Flotte sehen. In bezug auf die zweijährige Dienstzeit habe ich nie auf dem Standpunkt des Abg. Erzberger gestanden, dagegen stimme ich seinen finanziellen Ausführungen zu; wir wären sehr froh, wenn es gelänge, schon im nächsten Jahre sämtliche Schiffsbauten auf den ordentlichen Etat zu nehmen. (Bravo! bei den Natlib.)

Crahmer (K.): Wir hätten eigentlich zum Marineetat garnichts zu sagen, wenn wir nicht ein paar Wünsche vorbringen wollten; vor allem, daß verschiedene von der Budgetkommission gestrichene Posten wieder hergestellt werden, so die Zulagen für zwei Seeoffiziere als Departementsdirektor und als Verwaltungsdirektor. Für die Deckoffiziere sind wir immer eingetreten, für ihr Wohl und Wehe. (Große Heiterkeit.) Politischen Agitatoren muß der Eintritt in die Reichsbetriebe verboten sein, und ebenso der Eintritt in den Reichstag. (Stürmische Heiterkeit.) Die dreijährige Dienstzeit muß beibehalten bleiben, in diesen Dingen glauben wir dem Staatssekretär mehr wie dem „Berl. Tageblatt". (Heiterkeit.) Die Ausgaben der Marineverwaltung haben eine große Höhe erreicht, darum ist es verkehrt, daß die Sozialdemokraten immer schelten, daß unsere Marine zu viel Geld kostet. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Der Staatssekretär sollte uns einmal eine Aufstellung geben, wieviel für Löhne an Arbeiter, Handwerker und Techniker gezahlt wird. (Zuruf bei den Soz.: Das steht ja im Etat! [Heiterkeit.]) Das weiß ich auch (Heiterkeit), ich wünsche aber eine Zusammenstellung. (Bravo! rechts. Ironischer Beifall links.)

Staatssekretär Tirpitz bittet dringend um Annahme eines konservativen Antrages auf Wiederherstellung der in der Kommission gestrichenen Zulagen für zwei Seeoffiziere als Departementsdirektor und Verwaltungsdirektor.

Dr. Wiemer (Vp.): Wir werden diesem Antrage zustimmen. Wir sind für Abstriche im Marineetat, doch nur, wo sie notwendig sind. Sparsamkeit aus parteipolitischen Tendenzen können wir dagegen nicht unterstützen. In der Kommission kam ja ein solcher Fall vor und der Staatssekretär wäre fast an ungenügenden Tafelgeldern gestorben. (Heiterkeit.) Inzwischen ist ja der zerrissene Draht zwischen ihm und dem Zentrum wieder angeknüpft worden. — Das Petitionsrecht der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbetriebe darf in keiner Weise beschränkt werden; eine entsprechende Resolution haben wir eingebracht. Die Bedenken des Staatssekretärs gegen die zweijährige Dienstzeit sind für uns nicht überzeugend; für die Kiautschoutruppen kann ja eine Ausnahme gemacht werden. Der konservative Redner sprach von der Notwendigkeit der Opfer für die Flotte. Hoffentlich werden seine Freunde sich daran erinnern, wenn demnächst eine gleichmäßige gerechte wirkliche Besitzsteuer auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. (Lebhafte Zustimmung links.)

Schultz (Rp.): Gerade die Parteien von der Linken haben sich selten an der Bewilligung von Steuern beteiligt. (Sehr wahr! rechts.) Der sozialdemokratische Redner beklagte den großen Aufwand für Panzerplatten. Aber die Sozialdemokraten bewilligen sie ja garnicht. (Lachen und Zurufe bei den Soz.: Aber bezahlen müssen wir sie!) Die dreijährige Dienstzeit sollte beibehalten werden, sie ist auf vielen Schlachtfeldern erprobt, die zweijährige aber hat eine Probe noch nicht bestanden.

Hoff (Vp.) bringt Wünsche der Magazinaufseher vor und tritt für die freisinnige Resolution auf Wahrung des Petitionsrechts der Beamten, Angestellten und Arbeiter ein.

Statssekretär v. Tirpitz: Das Petitionsrecht ist garnicht in Frage gestellt; in Kiel handelte es sich um eine nach meinem Empfinden ungehörige Kollektiveingabe einer Anzahl jüngerer Beamten. Eine Beamtengruppe täte wohl immer gut, ihre Wünsche nicht in einer Kollektiveingabe, sondern durch den Dienstältesten den Vorgesetzten zur Kenntnis zu bringen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß ¾5 Uhr.

Unterhaltung mit Dr. Seemle, dessen Gesicht eine so ausgesprochene Würdigung der Situation zeigte, daß Ernst Thießen einige Schwierigkeit hatte, seine wahren Gefühle zu verbergen.

„Sie brauchen lange, bis sie nachkommen," sagte Frau Löbel mit schlauem Lächeln, „aber so geht's, wenn junge Leute verliebt sind, dann vergessen sie alles und jedes. Sie haben sich um mich garnicht gekümmert; wenn mir Herr Thießen nicht seinen Arm gegeben hätte, wäre ich nie bis hierher gekommen."

Das Schmelzen dauerte etwas länger. Dr. Seemle warf Fräulein Schümann einen amüsanten Blick zu, als er aber in dem entrüsteten Blick der jungen Dame keine Erwiderung sah, sah er seinen Schnurrbart und wartete die weitere Entwicklung der Dinge ab.

„Es sieht so aus, als ob Ihr Bruder nicht käme," sagte Thießen zu Fräulein Schümann.

„Er wird wohl bald kommen," warf Frau Löbel ein, die etwas verdrießlich auf die Gesellschaft sah. „Sie merken nicht, wie die Zeit vergeht, das ist es."

„Ja, die Zeit vergeht," murmelte Frau König, mit einem Blick auf die Uhr.

Frau Löbel saß zusammen. „Ach ja, und wir merken es in unserm Alter auch, gnädige Frau," sagte sie freundlich, und rückte es sich recht bequem in ihrem Stuhl und faltete die Hände in ihrem Schoß. „Ich muß Sie immer ansehen, meine Liebe," fuhr sie dann fort und sah nach Fräulein Schümann hinüber. „Es ist eine so wunderbare Aehnlichkeit zwischen Ihnen und Max. Glauben Sie das nicht auch, gnädige Frau?"

Frau König hatte mit Mühe Stimme fest, daß sie es noch nicht bemerkt habe.

„Natürlich," erwiderte Frau Löbel, und sah sie von der Seite an, „Max ist es jetzt gegangen, der arme Junge, und das hat keine Spuren auf ihn zurückgelassen. Ich bin später, als wir ihn aufnahmen, war er sozusagen ganz abgerissen. Er hatte nur das, was er auf dem Leibe hatte, und das einzige Paar Socken, das er trug, war in so zerlöcherten Zustande, daß es weggeworfen werden mußte. Ich habe es weggeworfen."

„Ach, wirklich —" sagte Frau König.

„Er sieht jetzt aus, als sei es nicht mehr derselbe Mensch," fuhr die liebenswürdige Frau Löbel fort, „gute Kleidung und gutes Leben haben Wunder bei ihm gewirkt. Ich bin überzeugt, ich könnte nicht mehr für ihn tun können, wenn er mein eigener Sohn gewesen wäre; und was Löbel anlangt, so ist er wie ein Vater zu ihm."

„Ach, wirklich —" sagte Frau König wieder.

Frau Löbel sah ihn an. Es lag ihr auf der Zunge, sie einen alten Papagei zu nennen. Sie war es gewohnt, frei heraus zu reden, und es war ihr schrecklich, still zu sitzen und all die schönen Dinge ungesprochen zu lassen, die sie ihr statt ungenügender Nadelstiche hätte sagen können. Das erstickte sie fast.

„Ich denke mir, Sie werden den Kapitän sehr vermissen," meinte sie schließlich.

„Ja, sehr," war die Antwort.

„Und ich sollte meinen, er vermißt Sie auch," gab Frau Löbel zurück, unfähig, sich noch weiter zu beherrschen, „er muß Ihre Unterhaltung vermissen und das, was ich Ihre Lebhaftigkeit nennen möchte."

Frau König wandte sich um und sah sie an, und das Rot stahl sich wieder in ihre Wangen. Sie glättete ihr Kleid, wobei ihre Hände zitterten. Beide Damen betrachteten einander jetzt auf eine Art und Weise, welche bei der übrigen Gesellschaft ernsthafte Besorgnisse erregte.

„Ich bin keine große Rednerin, aber ich suche mir diejenigen, mit welchen ich spreche, sorgfältig aus," erklärte Frau König dann im würdevollsten ihr zur Verfügung stehenden Ton.

„Ich kannte einmal eine Dame, die war ebenso," entgegnete Frau Löbel, „das heißt, eine Dame war sie eigentlich nicht," fügte sie nachdenklich hinzu.

Frau König wurde unruhig und sah kläglich nach ihrer Richte hinüber; Frau Löbel aber saß mit zufriedenem Schnaufen gerade und aufrecht da und überlegte sich weitere Sturmangriffe. Es waren allein schon eine Menge Dinge, die sie über die Haube ihrer Gegnerin hätte sagen können, kluge, aufrichtige Bemerkungen, welche sie in Fetzen zerrissen haben würden. Die Haube faszinierte sie und es zuckte ihr in den Fingern, als sie danach hinsah. In etwas ebenbürtigerer Umgebung hätte sie wohl danach gegriffen, da sie aber eine charakterfeste Frau war, unterdrückte sie ihre natürlichen Instinkte und zwang sich zu höflicheren Angriffsmethoden.

„Ihr Neffe scheint keine Eile zu haben", bemerkte sie, schließlich, „aber, sehen Sie, wenn er mit meiner Tochter zusammen ist, vergißt er eben alles andere."

„Ich glaube wirklich nicht mehr, daß er kommt," warf Thießen ein, den die Blicke von Fräulein Schümann zum Sprechen veranlaßten.

„Ich will ihm noch eine kleine Weile länger geben", meinte Frau Löbel. „Ich kam nur hierher, um ihm einen Gefallen zu tun, und allein nach Hause zu gehen, ist mehr, als ich fertig bringe."

(Fortsetzung folgt.)

„Glaube und Heimat."

Die Härten des bayerischen Heimatsgesetzes sind insbesondere für solche Unterstützungsbedürftige, die ihren Heimatsort verlassen haben, außerordentlich schwer. Nachstehende, den Akten des Augsburger Arbeitersekretariats entnommene Fälle mögen dies illustrieren.

1. Ein altes Ehepaar ist, nachdem es 35 Jahre in seinem Heimatsort P. geschafft hatte und nicht weniger als 7 Kinder ohne jede Hilfe aufgezogen, seinen Kindern nach Augsburg gefolgt. Diese waren, weil sie selbst eine große Familie hatten, nicht in der Lage, ihre Eltern

über Wasser zu halten. Der 74jährige Altersrentner und das 64jährige Mütterchen wandten sich vertrauensvoll an den Herrn Pfarrer P. in P. um Unterstützung. Als sie abgewiesen wurden, wurden ihre Bitten etwas dringlicher. Darauf erhielten sie von dem Seelsorger der Heimatgemeinde folgenden Brief:

P., den 27. Mai 1912.

Liebe H.!

Ihr wollet, wie Ihr mir geschrieben, nunmehr die Gemeinde verklagen, und zwar gleich bei der Regierung. Ich rate Euch das nicht und kann Euch bestimmt voraussagen, daß Ihr dadurch nichts anderes erreichen werdet, als hierher wieder zurückkehren zu müssen. Ihr hättet eben nicht fortziehen sollen; Schuld daran war Eure Unzufriedenheit und diese bringt immer üble und schlimme Folgen, die Ihr nunmehr büßen müßt; auch vielleicht viel schuld daran war mehrfache Aufhetzung von gewisser Seite, die der Gemeinde dahier nicht geneigt sind.

Ihr dürft nicht der Anschauung sein und glauben, daß Euch die Gemeinde etwas geben muß und es Euch schuldig sei; dies wäre eine Sünde gegen Gottes Gebot: „Du sollst nich begehren Deines Nächsten Gut." Gott wird und muß jede Uebertretung seiner Gebote strafen, entweder früher oder später gewiß.

Ihr dürft niemand die Schuld geben wegen Not und Armut, am allerwenigsten der Gemeinde. Jeder Mensch muß eine Schuld sich selber beimessen und sagen: „Ich bin meist selber daran schuld". Denket an so mehrfache Schimpfereien, die noch nie etwas genützt haben oder nützen werden; dieselben sind ja Sünden! — Die Gemeinde kann Euch nur wenig geben, die Leute haben ja selber nur wenig — und wie hart und mühsam ist das Geld zu erwerben für jeden Menschen! Wer nicht spart, wird es zu nichts bringen und wer in jungen Jahren nichts sammelt, wird es im Alter fühlen müssen. So ist es allenthalben und überall in dieser Welt — und wer in dieser Welt nicht Buße tut, wird in der anderen Welt büßen müssen.

Ihr könnt tun, was Ihr wollt, hierher zurückkehren oder bleiben, wo Ihr seid. Das kann ich aber Euch gewiß sagen, daß Ihr durch Verklagen der Gemeinde nichts erreichen werdet, daß Euch eine größere Unterstützung nachgesendet werde, weil es für die Gemeinde unmöglich ist. Das Gemeindehaus wird zurzeit wieder zusammengerichtet und dort könnt Ihr einziehen, wann und sobald es Euch beliebt.

Mit Gruß

P., Pfarrer.

Daraufhin wurde verlangt, daß ein Beschluß des Armenpflegschaftsrates herbeigeführt werde. Dem H.schen Ehepaar wurde darauf mitgeteilt, daß sie die freie Wahl hätten, entweder in das Gemeindehaus ihrer Heimat zurückzukehren, oder mit einer monatlichen Unterstützung von 5 Mark pro Monat, welche nach Ablauf je eines Vierteljahres gezahlt werde, sich zu begnügen.

Auf eine Beschwerde an das zuständige Bezirksamt, in der ausgeführt war, daß zwei alte Leute mit 5 Mark ihren Lebensunterhalt nicht fristen können, faßte der Armenpflegschaftsrat nochmals folgenden Beschluß:

„Für die H.schen Eheleute war daher seit einer Reihe von Jahren hinreichend gesorgt; sie hatten freie Wohnung, ein Acker zur freien Benutzung war ihnen überlassen und hatten Gelegenheit, durch leichtere Arbeiten sich manches zu verdienen — dieselben sollten auch der mehrfachen Privatunterstützung nicht vergessen.

Nur Unzufriedenheit und Undankbarkeit und wohl auch Aufhetzungen lockte sie in die Großstadt — und die Versprechungen ihrer Söhne, welche sie nunmehr im Stiche lassen.

Die kleine und schwerbelastete Gemeinde ist nicht in der Lage, denselben eine reichliche Unterstützung für angeblich langjährige Dienste als Pension in eine Großstadt nachzusenden, ist indes gewillt, eine Zulage von monatlich 2 Mark, mithin je 7 Mk., zu gewähren und zu übersenden, vorerst vom 1. September d. J. bis 1. Juni n. J.

Uebrigens steht es den H.s frei, ob und wann sie hierher wieder zurückkehren wollen.

P., 9. September 1912.

Vorstand der Armenpflege. gez. P., Pfarrer.

2. In einem anderen Fall bittet ein altes Ehepaar seine Heimatgemeinde um eine Unterstützung. Der Mann ist Invalidenrentner und 64 Jahre alt, die Frau 67 Jahre und seit mehr als drei Jahren krank. Der Armenpflegschaftsrat J. teilt mit, daß wenn die Eheleute F. Unterstützung haben wollen, dann sollen sie nur nach J. zurückkehren. Erst auf eine Beschwerde an das Bezirksamt erhielten die beiden insgesamt pro Monat 5 Mark als Unterstützung.

3. Ein junger Mann, welcher in der Gemeinde A. beheimatet, ist erblindet. Man läßt ihn die Korbmacherei erlernen und bringt ihn gegen jährliche Entschädigung von 160 Mark bei einer Oekonomswitwe unter. Da die Behandlung und Wartung sehr schlecht und der erblindete E. noch häufig mit Hohn und Spott überschüttet wurde, geht er zu seiner Schwester nach Augsburg. Diese erklärte sich bereit, ihren Bruder gegen eine jährliche Entschädigung von 200 Mark zu sich zu nehmen. Der Armenpflegschaftsrat lehnte diesen wohlgemeinten Vorschlag ab und erklärte, entweder müsse E. zu seiner alten Pflegestelle zurück, oder aber man schaffe ihn in eine Kretinenanstalt! Eine Beschwerde beim Bezirksamt und bei der Regierung waren erfolglos. Beide Instanzen stellten sich auf den Standpunkt, daß die Gemeinden nicht verpflichtet sind, nach auswärts Unterstützung zu zahlen. Jetzt ist der arme und unglückliche Mensch gezwungen, in seine alte Pflegestelle zurückzukehren. Wie wird er nun behandelt werden? Wird er nun, weil er sich mit den Maßnahmen des Armenpflegschaftsrats nicht begnügte, noch geächtet und verfolgt werden? Wenn unter solchen Verhältnissen den betreffenden Hilfsbedürftigen der Geduldsfaden reißt, dann ist es kein Wunder.

4. Wie manche Gemeinden auf das Seelenheil ihrer Gemeindemitglieder bedacht sind, beweist nachfolgendes Beispiel.

Die Mutter eines unehelichen Kindes beabsichtigt, sich zu verehelichen. Da das Kind durch den Vater legitimiert wird, folgt es in dessen Heimat. Weil die Gemeinden dadurch einer eventuellen Unterstützung enthoben werden, zahlen sie in der Regel einen Verehelichungszuschuß.

Die Mutter ersucht ihre Heimatgemeinde B. um einen Verehelichungszuschuß von 100 Mark. Sie erhält daraufhin vom Bürgermeister der Gemeinde B. folgendes Schreiben:

„Geben Sie sofort hierher bekannt, welcher Religion Ihr Bräutigam angehört, ob er katholisch oder protestantisch ist! Sollte er protestantisch sein, wie steht es dann mit der Erziehung Ihrer Kinder? Werden dieselben dann katholisch oder protestantisch erzogen? Wahrheitsgetreuer Bericht wird erwartet. Sofort nach Eintreffen Ihrer Nachricht wird Ihnen der Beschluß des Gemeindeausschusses über Ihre Unterstützung zugeschickt.

Also sofortige Antwort. G., Bürgermeister."

Die Mutter erklärte, daß der Vater protestantisch sei; er sich aber verpflichte, das Kind katholisch erziehen zu lassen. Kurz darauf erscheint der Pfarrer des Wohnortes beim Bräutigam und erklärte, daß er einen notariellen Vertrag ausfertigen müsse, wonach er sich verpflichte, das Kind katholisch erziehen zu lassen. Der Pfarrer ging persönlich mit zum Notar und zahlte die Gebühren; daraufhin wurden der Braut die 100 Mark ausgezahlt.

Es ist schon so, wie der Bader in „Glaube und Heimat" sagt: „Ja, ja, mein lieber Unteregger: katholisch werden oder aus dem Land, so heißt der Befehl!"

Aus der Partei.

Der gestrige Frauentag nahm einen guten Verlauf. In Groß-Berlin fanden 41 große Versammlungen statt. In sämtlichen Versammlungen wurde eine gleichlautende Resolution angenommen, in der für alle Staatsbürger und Staatsbürgerinnen über 20 Jahre das Wahlrecht gefordert wird und in denen besonders gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht protestiert wird. Trotzdem ein starkes Polizeiaufgebot bereit gehalten war, wurde nirgend die Ruhe gestört.

Preßprozeß. Der verantwortliche Redakteur der Dresdener „Volkszeitung", Genosse Hermann Fleißner, wurde wegen angeblicher Beleidigung des Gewerbegerichtssekretärs in Crimmitschau zu der ungeheuer hohen Geldstrafe von 750 Mk. oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt. In der inkriminierten Notiz war dem Gerichtsschreiber vorgeworfen worden, daß er einen Arbeitswilligen, der auf Veranlassung der Streikenden die Arbeit niedergelegt hatte, zur Wiederaufnahme der Arbeit beeinflußt habe, als er auf dem Gewerbegericht seinen Lohn einklagen wollte. Das Gericht erachtete den Beweis als nicht völlig erbracht.

Gemeindewahlsieg. In dem zu Mainz eingemeindeten Stadtteil Kostheim siegten bei den Stadtverordnetenwahlen die Sozialdemokraten über die vereinigten Nationalliberalen und Ultramontanen.

Ihr Lauen, aufgewacht!

„Ich bedaure den Fall des Sozialistengesetzes aufs tiefste. Die Engländer haben die Courage gehabt, auf dem Wege sich die Zuhälter vom Halse zu schaffen, der richtig ist. Versuchen Sie das bei uns .....

Oldenburg, im Zirkus Busch.

Prügelstrafe für Zuhälter und Sozialdemokraten! Ein echtes Junkerprogramm! Die Chemnitzer „Allgemeine Zeitung" hat an demselben Tage geschrieben — und die rechtsstehende Presse druckte es begeistert nach —: Ihr Sozialdemokraten bewilligt doch endlich „konsequent" Eurer Weltanschauung die neue Militärvorlage. Dann kommen noch mehr junge Leute zum Militär und entlasten den Arbeitsmarkt!

Prügelstrafe den Sozialdemokraten, die von der reaktionären Presse angefleht werden, die Militärvorlage zu bewilligen!

Es gilt zu lernen, Ihr Lauen!

Die Staatsschulden des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten sind 1911 auf 20 572 Millionen Mark angewachsen. Auf dem Kopf der deutschen Reichsbevölkerung ruhen jetzt mehr als 316,7 Mark Staatsschulden!

Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres betrug 1912 656 144 Mann, das Kriegsschiffdeplacement 1 175 400 Tonnen. Deutschland hat soviel Soldaten wie Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika zusammen noch nicht ganz haben! Deutschland hat ein mehr als dreimal so großes Heer wie England und seine Flotte, die die sowohl der Vereinigten Staaten, als die Frankreichs um 20 bis 30 Prozent überragt!

An den Zahlen könnt Ihr einiges lernen, Ihr Lauen!

In England werden die Sozialdemokraten wie Menschen behandelt, für Frankreich ist der Sozialist eine selbstverständliche Erscheinung, in der Schweiz, in Amerika, überall ist der Sozialdemokrat und seine Organisation als Ausdruck des Strebens der Arbeiter nach Licht und Luft, nach Freiheit und Gerechtigkeit anerkannt. In Deutschland verlangt Oldenburg die Prügelstrafe für vier Millionen erwachsene Männer, die aus ihrer Ueberzeugung heraus sozialdemokratische gewählt haben!!

Es gibt noch vieles zu lernen, Du Beiseitestehender!

In Deutschland existierten Ende 1911 5 340 Aktiengesellschaften, die zusammen 16 103 Millionen Mark Aktienkapital besaßen. Sechzehn große Aktiengesellschaften, die sämtlich mehr als je 100 Millionen Mark Aktienkapital besitzen, beherrschen davon die Hälfte!

In der Zeit von Ende 1908 bis 1911 ist in Preußen die Zahl der Millionäre um 1000 gewachsen! Der Sozialdemokrat muß trotzdem Prügel kriegen!

In Preußen hatten 1911 unter 1000 Steuerpflichtigen 412 ein Einkommen von weniger als 900 Mark — im ganzen Jahre! Das sind die Sozialdemokraten, aus diesen Schichten rekrutieren sich die Förderer gerechten Lohnes, sie alle müssen nach Oldenburg Prügel haben!

An den Arbeitern von 4680 deutschen Aktiengesellschaften wurde 1911 zusammen 1636 Millionen Mark Reingewinn verdient! Diese Arbeiter, die so arbeiten, daß die Nichtstuenden in den Milliarden schwelgen können, verdienen Prügelstrafe. Es sind ja die Unzufriedenen, die besseren Arbeiterschutz, kürzere Arbeitszeit und bessere Existenzbedingungen verlangen!

Der deutsche Totalaußenhandel ist in der Zeit von 1891 bis 1911 um 143 Prozent auf 17,8 Milliarden Mark angewachsen, dank der fleißigen Regsamkeit der Hunderttausende von willigen Arbeitshänden. Sie verdienen trotzdem alle geprügelt zu werden, sind sie nach Oldenburg aus Januschau doch zu denen zu rechnen, die nicht jeden Junkertribut willig zahlen wollen!

Nur her mit der Prügel! Wer Knüppel säet wird keine Liebe ernten!

Her Ihr Arbeiter, die Ihr unzufrieden seid, holt Euch Eure konservativen Prügel, damit Ihr — zufrieden werdet!

Ein entsetzlich großes Maul und ein Knüppel in der Hand, das sind die Triarier des Thrones! Das sind die Helden der christlichen Nächstenliebe!

Wer jetzt nicht aufwacht, verdient die angedrohten Prügel!

Gewerkschaftsbewegung.

Der Ausbruch des Kampfes im Malergewerbe. Nach wochenlangen Verhandlungen über einen neuen Reichstarif im Malergewerbe ist plötzlich ein allgemeiner Kampf in greifbare Nähe gerückt. Nachdem am 24. Februar die drei Unparteiischen ihre Schiedssprüche über Arbeitszeit und -Löhne gefällt hatten, mußten sich die beiden Parteien über deren Annahme oder Ablehnung bis 28. ds. Mts. entscheiden. Obwohl die Unternehmer schon seit längerer Zeit zu erkennen gaben, daß sie sich trotz der von ihnen anerkannten Teuerung über eine auch nur mäßige Lohnerhöhung nicht hinwegsetzen würden, glaubte man selbst in informierten Kreisen nicht daran, daß sie ihre Drohungen wahrmachen würden. Die Vertreter der Arbeiterorganisation haben es sich auf der außerordentlichen Generalversammlung des Malerverbandes während dreitägiger eingehender Beratung lange Zeit überlegt, ob sie den Schiedssprüchen zustimmen können, und sie haben dies nur schweren Herzens getan, weil sie die Verantwortung für einen allgemeinen Kampf im gegenwärtigen Moment der Öffentlichkeit gegenüber nicht glaubten verantworten zu können. Anders die Unternehmer. Rücksichtslos haben sie die Schiedssprüche den Unparteiischen vor die Füße geworfen, denn die Teuerung und die unbedingte Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer äußerst schlecht bezahlten, von schweren Gesundheits- und Unfallgefahren sowie von großer Arbeitslosigkeit heimgesuchten Arbeiter zu berücksichtigen, erkennen die Malermeister nicht an. Gleichzeitig mit der Ablehnung der Schiedssprüche treffen sie eifrig Vorsorge für eine Aussperrung. Der Umstand, daß die Beratungen über das Verhandlungsergebnis vor einer Generalversammlung der Gehilfenorganisation stattfand, ermöglichte es, daß diese sofort entscheidend über die durch das provokatorische Vorgehen des Arbeitgeberverbandes herbeigeführte Situation beraten und beschließen konnte, und das geschah in so ruhiger und würdiger, von Begeisterung für eine große Sache getragener Weise, daß die Unternehmer mit einem entschiedenen Widerstand werden rechnen müssen. Folgender Resolution wurde einmütig zugestimmt: „Die außerordentliche Generalversammlung nimmt Kenntnis von der Ablehnung der Schiedssprüche über einen neuen Reichstarifvertrag durch den Arbeitgeberverband im Malergewerbe. Sie erblickt darin die Absicht, die schon bisher ganz unzureichenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter des Malergewerbes, die durch die Durchführung der Schiedssprüche noch keineswegs eine zeitgemäße Verbesserung erfahren würden, immer tiefer herunterzudrücken. Die Generalversammlung verpflichtet daher die Mitglieder des Verbandes der Maler alles einzusetzen, um den geplanten Schlag des Arbeitgeberverbandes zur Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen in einer Zeit andauernder Lebensmittelteuerung abzuwehren. Dazu ist erforderlich, daß die Kollegen den vom Vorstand in besonderen Fällen in Verbindung mit dem Beirat angeordneten taktischen Maßnahmen strengste Gefolgschaft und Disziplin leisten, denn eine nach bestimmten allgemeinen Grundsätzen geleitete Aktion wird verhindern, daß die arbeiterfeindlichen Pläne der Arbeitgeber des Malergewerbes Aussicht auf Erfolg haben. Dem Vorstand gibt die Generalversammlung anheim, falls der in Aussicht gestellte Kampf größeren Umfang annimmt, von seinen statutarischen Rechten zur Aufbringung besonderer finanzieller Mittel und der Einführung einer Karenzzeit beim Bezuge der Unterstützungen Gebrauch machen." — Einmütig brachte die Generalversammlung des Verbandes der Maler ferner zum Ausdruck, daß die Mitglieder zu allen Opfern in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe bereit seien und alles daran setzen würden, die scharfmacherischen Pläne der Unternehmer zu durchkreuzen. Mögen sich die Arbeiter im Malergewerbe durch keinerlei Provokation der Unternehmer beeinflussen lassen und zunächst die Weisungen ihrer Organisationsleitung nach erfolgter Klärung der eigentlichen Sachlage abwarten.

Der Schiedsspruch der Unparteiischen vor dem Verbandstag der Maler. Nach dreitägigen Debatten über den Schiedsspruch der Unparteiischen auf dem außerordentlichen Verbandstage der Maler kam es Freitag nachmittag zur Abstimmung. Den Delegierten sollte ausreichende Gelegenheit gegeben werden, sich über die einzelnen Beschlüsse der Unparteiischen zu äußern. Es haben denn auch 60 Delegierte das Wort ergriffen. Bedauert wurde vielfach in der Debatte, daß die günstigen Resultate der Gautarifämter durch die Unparteiischen reduziert worden sind. Auch wurden die Lohnerhöhungen für die großen Städte als zu gering erachtet. Für die Annahme des Schiedsspruches stimmten 76 Delegierte, die 37 344 Mitglieder vertreten, dagegen stimmten 25 Delegierte für 13 210 Mitglieder. Geschlossen dagegen stimmten die Hamburger; ferner stimmten gegen den Schiedsspruch die Delegierten von Bremen, Köln, Halle, Krefeld. — In einer Resolution, die der außerordentliche Verbandstag annahm, wurde ausgesprochen, daß die Schiedssprüche im allgemeinen nicht die erwartete Rücksicht auf die bisher bestandenen niedrigen Löhne der Arbeiter im Malergewerbe genommen haben. Die Generalversammlung stimme aber den Schiedssprüchen zu; sie erachtete für ausschlaggebend, daß das Verhandlungsergebnis, als Ganzes betrachtet, immerhin eine nicht ohne weiteres abzulehnende Verbesserung der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bringt. Die Arbeitgeber im deutschen Malergewerbe haben den am Montag abend von den drei Unparteiischen, Magistratsrat v. Schulze-Berlin, Dr. v. Prenner-München und Dr. Rath-Essen gefällten Schiedsspruch im deutschen Malergewerbe mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Berliner Malermeister waren mit Dreivierteilmehrheit dafür. Den Ausschlag gaben die 255 auswärtigen Orts- und Bezirksverbände, die dagegen waren.

Die Berliner Holzindustriellen zum Schiedsspruch. Eine Versammlung der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen nahm folgende Resolution an: „Die am 27. Februar 1913 im Marinehaus tagende Versammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen nimmt mit Befremden von dem Bericht der Verhandlungskommission Kenntnis, nach welchem die Arbeitnehmer über den Schiedsspruch hinaus weitere Forderungen erheben. Die Versammlung lehnt solche, insbeson-

dere die Minimallöhne, mit Entschiedenheit ab und beauftragt die Kommission, die Verhandlungen eventuell abzubrechen, wenn die Gegenpartei auf diese Forderungen beharrt."

In Ostelbien machen wir das so! Der Vorsitzende des Verbandes der Töpfer, Filiale Danzig, hatte am 8. Januar dieses Jahres eine polizeiliche Vernehmung wegen Vergehens gegen den berühmten § 153 der R.-G.-O. Ohne irgend welche weitere Verhandlung erhielt er dann vor einigen Tagen den folgenden Strafbefehl:

Auf den Antrag der Königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 22. November 1912 zu Danzig andere durch Drohungen und Ehrverletzung bestimmt zu haben, an Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter teilzunehmen bezw. ihnen Folge zu leisten, Vergehen gegen § 153 der R.-G.-O., wofür als Beweismittel bezeichnet ist: 1. Eigene Angaben, 2. Zeugen: a) Kaufmann Berthold Asch, Röperstr. 14, b) Töpfermeister Johann Salewski, Johannisstr. 33, c) Ofensetzer Max Salewski, ebenda, d) Ofensetzer Walter Müller, Stadtgebiet 43 — eine Gefängnisstrafe von 1 — einer — Woche Gefängnis festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. — Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gerichte schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erheben. Die Kosten betragen 1,10 Mk.

Ausgefertigt Danzig, den 12. Februar 1913.

Ein abgekürzteres Gerichtsverfahren wie in diesem Falle ist wohl nicht möglich. Es lehnt sich in, wenn auch anderer, so doch ebenbürtiger Weise an die vor einigen Monaten im Ruhrgebiet beliebte Gerichtspraxis an. Beachtenswert ist besonders in dem Strafbefehl, daß eine volle Woche Gefängnis ausgeworfen wird und ein Ersatz durch Geldstrafe gar nicht vorgesehen ist. Korpsstudenten würde man jedenfalls nicht so behandeln. — Einspruch gegen diese Art der Gerichtsbarkeit ist selbstverständlich erhoben worden.

Der Lederarbeiterverband im Jahre 1912. Die Mitgliederzahl des Lederarbeiterverbandes stieg im Jahre 1912 um rund 600, sie beträgt 15 693 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen betrugen 475 354 Mk., die Gesamtausgaben 349 678 Mark, sodaß die Hauptkasse einen Ueberschuß von 125 676 Mk. hatte. Für Unterstützungen wurden insgesamt 203 667 Mk. verausgabt, davon 29 029 Mk. für Streik- und Gemaßregeltenunterstützung, 154 287 Mk. für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung und 17 597 Mk. für andere Unterstützungen. Lohnbewegungen führte der Verband im Jahre 1912 insgesamt 99. Diese erstreckten sich auf 182 Betriebe mit 6424 beschäftigten Personen, von denen 5385 Personen an den Bewegungen beteiligt waren. Von den 99 Bewegungen waren 8 Angriffsstreiks mit 275 Beteiligten, 1 Abwehrstreik mit 20 Beteiligten, 2 Aussperrungen mit 158 Beteiligten, 87 Bewegungen mit 4928 Beteiligten waren ohne Arbeitseinstellung. Von den 8 Angriffsstreiks waren 7 mit 254 Beteiligten erfolgreich und 1 mit 21 Beteiligten erfolglos. Die zwei Aussperrungen waren erfolgreich. 86 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit 4778 Beteiligten waren erfolgreich, 1 Bewegung mit 150 Beteiligten erfolglos. Eine Bewegung zur Abwehr von Verschlechterungen war ebenfalls erfolgreich. Durch die 99 Lohnbewegungen wurde erreicht: Eine Verkürzung der Arbeitszeit für 2989 Personen um 5735 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung für 4132 Personen um 6368 Mk. pro Woche. Im Durchschnitt wurde eine Arbeitszeitverkürzung um rund 2 Stunden pro Person und Woche und eine Lohnerhöhung um rund 1,55 Mk. pro Person und Woche erzielt. Außerdem erhielten noch 266 Personen eine Lohnerhöhung von 221 Mk. pro Woche durch die Lohnsteigerungen der Tarifverträge. Der Lederarbeiterverband hat auch im Jahre 1912 die Interessen seiner Mitglieder bei der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wirksam vertreten und den Mitgliedern durch die gewährten Unterstützungen in finanzieller Hinsicht erheblichen Beistand geleistet.

Die Streikstatistik der Polizeiwachtmeister und Nachtwächter. Die amtliche Streikstatistik hat sich von jeher dadurch ausgezeichnet, daß sie, wenn ihr im Reichstag von Arbeitervertretern grobe Fehler nachgewiesen worden waren, sofort noch unübersichtlicher gemacht wurde, damit keine Vergleiche mehr anzustellen möglich waren! Die Statistik der Arbeiterkämpfe des deutschen Reiches wird seit Jahren durch die unteren Polizeiorgane aufgenommen. Diese „nachgeordnetesten" Stellen, diese Miniaturgötter im Staate des Absolutismus der Paragraphen und Verordnungen, sie „erkundigen" sich alljährlich bei den Unternehmern nach den — Erfolgen und Entscheidungen, wie sie die Arbeitskämpfe mit sich bringen! Beinahe tragisch ist dabei, daß, wenn wir die Ausdehnung der deutschen Streiks und Aussperrungen nach der Zahl der von ihnen betroffenen Betriebe kontrollieren, gerade die amtliche Statistik für 1912 eine riesenhafte Zunahme der Scharfmacherei feststellt!

Im Jahre 1912
durch Streiks betroffene Betriebe
überhaupt 7283, ganz stillgelegt 1958
durch Aussperrungen betroffene Betriebe
überhaupt 2358, ganz stillgelegt 758
Im Jahre 1911
durch Streiks betroffene Betriebe
überhaupt 10 840, ganz stillgelegt 2000
durch Aussperrungen betroffene Betriebe
überhaupt 1683, ganz stillgelegt 609

Die Zahl der Streiks ist in ihrem Umfang der betroffenen Betriebe von 1911 auf 1912 um über 3500 zurückgegangen, die Summe der Aussperrungen ist dagegen von 1683 betroffenen Betrieben auf 2358 gestiegen! Demnach beweist die deutsche Wachtmeisterstatistik, daß 1912 die Arbeitgeber unzweifelhaft tüchtig streikfreudig gewesen sind!

Aus dem Gerichtssaal.

„Kameradschaftliche" Kasernen-„Erziehung". Die ihnen vom Feldwebel nahegelegte Art von „Rekrutenerziehung" mißfiel vier Musketiere von der 3. Kompagnie des 96. Infanterie-Regiments in Gera (Reuß) dahin, daß sie mitleidige Rekruten verhauen sollten. Am 5. Januar besorgten sie das einem Rekruten, der wiederholt über Unfug geklagt war, gründlich. Auf Verabredung drangen die vier „Kameraden" nachts in die Stube, wo das Opfer lag, ein, und verhieben ihn mit Klopfstöcken. Vor dem Kriegsgericht in Erfurt entschuldigten sich am Mittwoch die vier Angeklagten damit, sie seien der Meinung, wenn Kompagniestrafen nichts nützen, müsse eben Prügelmode einreißen. Der Anklagevertreter hielt die Sache für „harmlos", es sei aber eine große Ungehörigkeit, einen Schlafenden hinterlistig zu überfallen. Strafantrag und Urteil lauten auf je eine Woche Gefängnis. — Man wird nicht behaupten wollen, daß die Winke des Feldwebels und die Worte des Anklagevertreters den Mißhandlungen von Soldaten entgegenwirken.

Aus Nah und Fern.

Schreckenstat einer Schwermütigen. In Kauffung in Schlesien hat sich eine Familientragödie abgespielt. Dort stürzte sich die Frau des Steinbruchwärters Hein mit ihren beiden fünf- und neunjährigen Kindern eine 30 Meter hohe Felswand hinab. Die Frau und ein Kind sind tot, das andere Kind ist tödlich verletzt. Das Motiv der Schreckenstat ist Schwermut.

Eifersuchtsdrama. Auf offener Straße erstach in Genf ein Institutslehrer aus Eifersucht seine junge Gattin und dann sich selbst.

Zu dem Brand des Dowey-Hotels in Omaha wird noch gemeldet, daß bisher 35 Leichen gefunden wurden. Die Toten sind beim Hinausspringenaus den Fenstern ums Leben gekommen. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere Millionen.

Konkurse infolge des Balkankrieges. Infolge Engagements auf dem Balkan gerieten in Leipzig eine Reihe großer Rauchwarenhandlungen in Konkurs. Seit etwa 8 Tagen ist der Inhaber des Geschäftsneubaues „Zeppelinhaus", Reimann, plötzlich verschwunden. Dadurch ist die bekannte Rauchwarenfirma Schmidt Gebrüder, deren Mitinhaber Reimann ist, in Konkurs geraten. Die Passiven betragen 800 000 Mark, von denen aber nur 160 000 Mark Warenschulden sind. Die Firma bietet den Gläubigern 50 Prozent. Ebenso ist die Firm M. Skutari, die seit etwa dreißig Jahren sehr angesehen ist, in Konkurs geraten. Die Passiven betragen hier dreiviertel Millionen Mark. Gerüchtweise verlautet, daß noch andere Konkurse bevorstehen.

Fünf Kinder beim Rodeln verunglückt. In Frauenwald in Thüringen verunglückten fünf Kinder. Zwei von ihnen erlagen ihren Verletzungen.

Eingebrochen und ertrunken. Aus Saarbrücken wird gemeldet: In dem Walddörfchen Karsbrunn bei Forbach sind gestern zwei Schüler im Alter von 13 und 10 Jahren beim Eislauf auf einem Waldweiher eingebrochen und ertrunken, der zweite Knabe bei dem Versuche, seinen Spielkameraden zu retten.

Eisenbahnunglück in England. Bei Newcastle hat sich ein Eisenbahnunglück ereignet. Es rannte dort ein von Heaton kommender Zug in einen in der Station Manors haltenden elektrischen Zug und zertrümmerte dessen letzten Wagen, der sich infolge der Gewalt des Stoßes in den vorletzten Wagen hineinbohrte. Im ganzen wurden fünfunddreißig Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Explodierte Granate. Als der Alteisenhändler Müller in Luckenwalde auf seinem Hof Eisen sortierte, fand er eine Granate, die er für entladen hielt; er warf sie in eine Ecke zu anderem alten Eisen. Plötzlich gab es einen mächtigen Knall. Die Granate explodierte und verletzte Müller so schwer, daß die Ärzte seine sofortige Überführung in die Königliche Klinik in Berlin anordneten. Hier konnte dem Verunglückten nicht mehr geholfen werden, weil fast der ganze Körper mit Brandwunden bedeckt war. Müller starb unter entsetzlichen Qualen.

Eisenbahnunglück. Bei Airum stießen auf der Eisenbahn nach Kars zwei Güterzüge zusammen. Ein Lokomotivführer, ein Heizer und ein Zugführer kamen ums Leben, vier Personen wurden verletzt. Fünfzehn Wagen und die beiden Lokomotiven wurden zertrümmert.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern abend auf der Berliner Chaussee Marwitz—Hennigsdorf. Im Walde war ein Seil über die Chaussee gezogen, gegen das das Automobil fuhr. Von den Insassen des Wagens wurden der Goldwarenhändler Plurz und seine Frau direkt geköpft. Eine Tochter des Ehepaares ist schwer, eine zweite Tochter und der Chauffeur leicht verletzt.

Unter Trümmern begraben. In Hayingen stürzte bei einem Hochofenneubau das Gerüst ein und begrub fünf Arbeiter unter seinen Trümmern. Drei von den Verunglückten wurden als Leichen hervorgezogen, die beiden anderen sind schwer verletzt.

Erschossen. Ein 57jähriger Arbeiter, in Clewe, der zu einer siebenmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, versuchte auszubrechen. Er wurde aber von einem Gefängniswärter bemerkt und durch einen Schuß auf der Stelle getötet.

Von einem Tobsüchtigen in der Irrenanstalt erschlagen. Der Buchbindermeister Bach in Nürnberg war vor einiger Zeit von seiner Familie in die Heil- und Pflegeanstalt für Mittelfranken in Erlangen wegen vorübergehender geistiger Störung untergebracht worden. Am letzten Donnerstag erhielt die Familie von der Anstaltsleitung eine Depesche, daß Bach einen Schwächeanfall erlitten habe. Die Familie fuhr sofort nach Erlangen und fand den Familienvater tot vor. Beim näheren Betrachten zeigten sich am Kopfe mit Watte verborgene Kopfwunden, die auf einen gewaltsamen Tod schließen ließen. Nach längerem Befragen gestand die Anstaltsleitung, daß ein Tobsüchtiger in einem unbewachten Augenblicke in das Zimmer des Bach eingedrungen sei und denselben mit einem noch nicht festgestellten Gegenstand so heftig auf den Kopf geschlagen habe, daß der Tod eintrat. Die Anstaltsleitung hatte den Aufsehern gestattet, die Zellen offenstehen zu lassen, aber der Wärter, der im Gange auf und ab patrouillieren mußte, hatte sich auf einige Augenblicke entfernt und diesen Augenblick nützte der Täter aus. Die Anstaltsleitung verweigerte jede Auskunft. Die Staatsanwaltschaft hat eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Zweierlei Maß? In der Universitätsstadt Marburg hatten vor kurzem wieder starke Studentenexzesse stattgefunden. Deshalb beriefen die Stadtväter über Maßnahmen gegen die „gebildeten" Ruhestörer. Ein Universitätsprofessor Leonhard regte an, angesichts der andauernden Belästigung der Bürgerschaft die polizeilichen Geldstrafen höher anzusetzen. Darauf erklärte nach dem Bericht der „Hessischen Landeszeitung" der Beigeordnete Schimpf:

Hinsichtlich der Anregung Professor Leonhards will ich folgendes erwähnen: Als ich noch Polizeiverwalter war, haben mich die Herren Rektoren der Universität alsbald nach ihrem Amtsantritt besucht und gebeten, die Strafen recht niedrig anzusetzen.

Als im Herbst 1910 die Schmiede in Berlin streikten, hatte sich am 19. Oktober ein Streikposten namens Wedow vor Gericht wegen „groben Unfugs" zu verantworten. Vom Gericht wurde damals festgestellt, daß der Polizeileutnant Kupisch die Akten an das Polizeipräsidium mit folgendem Vermerk geschickt hatte:

„Bemerkt wird, daß Wedow zu den zurzeit streikenden Schmieden gehört, die zu Hunderten die Werkstatt des Schmiedemeisters Popp belagern und dem Revier die größten Schwierigkeiten machen. Um strengste Bestrafung wird gebeten."

Also: Wenn Studenten in der rüpelhaftesten Weise exzedieren, wird um milde Bestrafung gebeten. Machen Arbeiter aber von ihrem Recht des Streikpostenstehens Gebrauch, so bitten preußische Behörden um strengste Bestrafung. Wer zweifelt jetzt noch an der Objektivität der Behörden?

„Sozialdemokratische Massendiebstähle". Die Rechtsverbandspresse verbreitet unter dieser Überschrift eine erlogene Geschichte, nach der auf dem Berliner städtischen Gut Hobrechtsfelde von Fleischergesellen, die im Zentralverband der Fleischer organisiert sind, Massendiebstähle an Fleisch und Wurstwaren ausgeführt worden sein sollen. Mit dieser Erzählung soll natürlich zunächst die Organisation der Fleischergesellen und im weiteren die ganze Sozialdemokratie als eine Gesellschaft gebrandmarkt werden, in der Spitzbübereien geduldet und womöglich noch begünstigt werden. Diese infiden Verleumdungen stützen sich auf einen großen Artikel in der „Deutschen Fleischergesellen-Zeitung", Organ des gelben Fleischergesellen-Bundes. Und der Kronzeuge dieses Organs ist ein Fleischergeselle Sekus, der in Hobrechtsfelde beschäftigt war, dort wegen Diebstahls entlassen und zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Er gehörte früher der meistertreuen Organisation an, trat aber während seiner Tätigkeit in Hobrechtsfelde dem Zentralverband der Fleischer bei; diesem unterschlug er Verbandsbeiträge und wurde aus dem Verband ausgeschlossen, noch bevor seine anderen Spitzbübereien ans Tageslicht kamen. Die ganze Geschichte von Massendiebstählen der Fleischergesellen in Hobrechtsfelde stellt sich dar als ein Rachakt dieses Sekus. Er reichte nach seiner Verurteilung an die Staatsanwaltschaft eine Denunziation gegen seine früheren Kollegen ein; die Staatsanwaltschaft mußte aber nach mehrwöchiger Untersuchung das Verfahren mangels jeglichen Beweises einstellen. Sekus versuchte nun, die Gesellen bei der Administration zu denunzieren; auch das blieb ohne Erfolg aus dem einfachen Grunde, weil Diebstähle — weder in einzelnen Fällen, noch in Massen — nicht vorgekommen waren. Die zu Unrecht beschuldigten Gesellen befinden sich heute noch in ihren Stellungen. Im Januar ds. Js. ist einmal in der Fleischerei eingebrochen worden. Bei der Untersuchung stellte sich aber heraus, daß ländliche Arbeiter die Schuldigen gewesen sind. Verbrecherische Fleischergesellen sind also in Hobrechtsfelde garnicht vorhanden und man kann solche infolgedessen auch weder dem Verband noch der Sozialdemokratie an die Rockschöße hängen. — So entpuppt sich die Schauermär wieder einmal als eine jener Gemeinheiten, ohne die nun einmal die Gegner der Sozialdemokratie ihren Kampf gegen die Arbeiterbewegung nicht zu führen vermögen.

Literarisches.

Soeben ist im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart erschienen: **Die Mutter als Erzieherin.** Kleine Beiträge zur Praxis der proletarischen Hauserziehung von Heinrich Schulz. Dritte, unveränderte Auflage. Der Verfasser, Mitglied des Bildungsausschusses der Partei und Lehrer an der Parteischule, schreibt im Vorwort über die Sammlung u. a.: Nicht gelehrte Abhandlungen über erzieherische Probleme will das Büchlein der proletarischen Mutter, für die es in erster Linie bestimmt ist, darbieten, sondern kurze, einfach gehaltene und leicht verständliche Ratschläge und Winke aus der Praxis der häuslichen Kindererziehung für die Praxis. In einem erfreulicherweise ständig wachsenden Maße sucht das proletarische Elternhaus seinen erzieherischen Pflichten gegenüber der heranwachsenden Generation gerecht zu werden. Der klassenbewußte Arbeiter ist eingedenk des Wortes: Der Jugend gehört die Zukunft. Da ihm aber hohe Ideale für die Zukunft voranleuchten, Ideale, für die er selbst sein bestes Wollen und Können einsetzt, so hat er zugleich den lebhaften Wunsch, eine Generation heranwachsen zu sehen, der er den Ausbau und die Verwirklichung seiner Ideale mit ruhiger Zuversicht anvertrauen kann. In der Volksschule des heutigen Klassenstaates wird die proletarische Jugend in einer dem Elternhaus feindlich gesinnten Denkweise beeinflußt; darum ist die erzieherische Aufgabe des proletarischen Vaters und der proletarischen Mutter doppelt ernst und schwer. Ihnen beiden, besonders aber der Mutter, der die Hauptarbeit der Erziehung obliegt, diese Aufgabe ein wenig zu erleichtern, ist der Zweck dieses Büchleins. Die kleine Schrift soll als eine Art „Mutterbrevier" zum gelegentlichen Nachschlagen und zum Herumblättern in einer nachdenklichen Stunde dienen. Möge sie der proletarischen Mutter in ihren erzieherischen Sorgen und Nöten eine gern angerufene Freundin und Ratgeberin werden. Der Verlag hat zwei Ausgaben herstellen lassen, eine kartonierte und eine Ausgabe in Geschenkeinband. Die kartonierte Ausgabe kostet 50 Pfennig, die Ausgabe im Geschenkeinband 75 Pfennig.

Bölsche Wilhelm: Festländer und Meere im Wechsel der Zeiten. Mit zahlreichen Abbildungen nach Originalaufnahmen und Zeichnungen, 6 Karten und einem farbigen Umschlagbild. (102 S.) 8°. 1913. Geh. Mk. 1.—, geb. 1,80 Mk. Stutgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Franckhsche Verlagshandlung). Bölsche erzählt uns in farbigen, poesievollen Bildern von dem wechselreichen, jahrmillionenlangen Kampf der geologischen Kräfte bei der Gestaltung unserer Erdoberfläche. Er berichtet von den Sündflut- und Atlantisgegenden und ihrem Wahrheitskern, von den uralten Festländern und Küsten des Nordens, von dem wunderbar verschollenen Gondwanaland im Süden, von den Korallenriffen der Vorzeit, die heute Gebirge sind, von den Quellen der Tiefe und den Zukunftsschicksalen des Wassers und damit des Lebens auf der Erde. Alle diese Fragen nach der Verteilung von Wasser und Land in der Vergangenheit sind mit unserer eignen Menschheitsentwicklung aufs engste verknüpft, und aus ihnen gestaltet Bölsche mit geradezu visionär anschaulicher Dichtergabe ein erhabenes und ehrfurchterweckendes Lied auf das gewaltige Wirken der Mutter Natur. Daß dieses neue Werkchen mit einem reichen Bilderschmuck versehen ist, der zu dem Verständnis des Themas das Seinige beizutragen sucht, ist bei den Kosmosbändchen ja selbstverständlich, auch das farbige Titelbild ist recht hübsch gewählt.

Die preußischen Landtagswahlen. Ein Führer durch das Dreiklassenwahlrecht. Vom Landtagsabgeordneten Robert Leinert. Preis 30 Pfg. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H. Berlin. SW. 68. Ein unentbehrliches Heftchen für die Agitation zu den Landtagswahlen. Organisationen erhalten bei Massenbezug bedeutend ermäßigte Preise.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche erscheint ein von Künstlerhand illustriertes Heft zum Preise von 10 Pfg. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Speditionen und Postanstalten entgegen. Probenummern liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H. Berlin SW. 68 auf Wunsch kostenlos.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Redaktion Dr. Albert Südekum. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H. Berlin SW. 68. Preis pro Quartal 3 Mk. Einzelnummer 30 Pfg. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Speditionen und Postanstalten entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.